

# Arbeiter-Zeitung

Wochenendausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Reichskanzler Schleicher

### Der General führt das Kabinett der Konterrevolution — Stahlhelmführer Seldte soll ein zweites Wehrministerium leiten

Nach Redaktionsschluß erhalten wir die Meldung, daß der Reichspräsident am Freitag mittag den General von Schleicher mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt hat.

Damit scheint die Regierungskrise nach endlosem Hin und Her ihren vorläufigen Abschluß gefunden zu haben. Zu der politischen Bedeutung dieser Entscheidung können wir aus technischen Gründen erst in der morgigen Nummer Stellung nehmen. Heute kann nur gesagt werden: ein Kabinett Schleicher bedeutet, daß alle Zeichen auf Sturm stehen! Die Arbeiterschaft muß in breiter, geschlossener Einheitsfront zum Widerstand gegen die unmittelbar drohenden neuen Pläne der Gegenrevolution rüsten!

### Gefährliche Pläne

In bürgerlichen Zeitungen faucht die Vermutung auf, daß für das neue Kabinett der Stahlhelmführer Seldte den Posten eines Vizekanzlers bekommen sollte. Die immer gut unterrichtete Hugenbergpresse bemerkt dazu, daß für Seldte nicht nur der repräsentative Posten eines Vizekanzlers in Aussicht genommen sei, sondern ein wichtiges Aufgabengebiet. Falls Seldte in die Reichsregierung einträte, sollen ihm die Fragen des freiwilligen Arbeitsdienstes, der Arbeitsdienstpflicht, des Reichskuratoriums für Jugendberufshilfe und alle damit zusammenhängenden Aufgaben übertragen werden.

Diese Meldung ist außerordentlich bezeichnend. Durch diese Verbindung von freiwilligem Arbeitsdienst und Jugendberufshilfe (Wehrsport) wird eindeutig das bestätigt, was die „SAZ“ von allem Anfang an klar hervorgehoben hat: auch der Arbeitsdienst ist ein Teil, ein wichtiger Teil der Militarisation der Jugend. Darüber hinaus wird auch das bestätigt, was von uns, fast allein im deutschen Blätterwald, immer wieder gesagt worden ist: Arbeitsdienst, Jugendberufshilfe und Wehrsport sind Teile der deutschen Aufrüstung, der deutschen Kriegsvorbereitungen. Stahlhelmführer Seldte mit diesen Aufgaben in einer deutschen Reichsregierung — das bedeutet ein zweites Wehrministerium, bedeutet Ergänzung der von Reichswehr und Reichsmarine betriebenen Rüstungen durch Maßnahmen, die eindeutig eine Vorstufe zur allgemeinen Wehrpflicht sind.

Es ist empörend und für die Arbeiterschaft verhängnisvoll, daß all dies geschehen kann, ohne daß die Massenorganisationen des Proletariats, insbesondere auch die Gewerkschaften, Widerstand leisten — ja, dies alles geschieht mit Unterstützung des Arbeitsdienstes durch die Gewerkschaften, der „Jugendberufshilfe“ durch das Reichsbanner. Umso verantwortungsvoller ist das Wirken der SAP, die alles tun muß, um doch noch, ehe es zu spät ist, den Massenwiderstand gegen diese verhängnisvollen Maßnahmen auszulösen!

### Japanische Offensive in der Mandschurei

Schanghai, 1. Dezember.

Während in Genf der Ausschluß der Völkerbundsversammlung langwierige Debatten über den Mandschureikonflikt durchführt, ist in der Mandschurei eine neue japanische Offensive im Gange. Nach schnellem Vormarsch längs der ostchinesischen Bahn haben die Japaner die Stadt Tschalanun eingenommen. Sechs japanische Flugzeuge haben den Westbahnhof von Tschalanun mit Bomben belegt und den Bahnhof und einige Kasernen zerstört. Bei diesem Luftangriff sind auch 12 Zivilisten ums Leben gekommen. An der japanischen Offensive sind, wie berichtet wird, 20.000 Mann beteiligt.

## Konflikt SPD — Reichsbanner verschärft sich

Wir berichteten bereits an Hand einer „Vorwärts“-Meldung über den neuen Konflikt zwischen Reichsbanner und SPD, der wegen der Gründung sogenannter Vortrupps, also neuer Jugendorganisationen des Reichsbanners, ausgebrochen ist. Der linksdemokratische „Dortmunder General-Anzeiger“ macht jetzt weitere Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß der Konflikt ernster und tiefer greifend ist, als man ursprünglich annehmen konnte. Das Blatt spricht davon, daß sich die Konflikte zwischen SPD und Reichsbanner „in bedenklicher Weise“ verschärft haben und daß „die Dinge auf Entscheidung drängen“. Die von der SPD geforderte Auflösung der Vortruppsorganisationen lehne das Reichsbanner ab. Sollte sich aber die Auffassung der SPD bei den Reichsbannerinstanzen doch noch durchsetzen, so ist der Führer der Vortrupps, der dem Zentrum angehörende Reichsbannerführer Hubertus zu Löwenstein, entschlossen, sich mit seiner Vortruppsorganisation selbständig zu machen, dabei aber enge Verbindung mit dem Reichsbanner aufrecht zu erhalten.

Ein weiterer Konflikt schwebt, wie wir auch schon früher berichteten, über die Frage der Beteiligung am Reichskuratorium für Jugendberufshilfe. Die SPD wendet sich vorläufig gegen eine solche Beteiligung, während das Reichsbanner, wie der „Dortmunder General-Anzeiger“ sich wörtlich ausdrückt bereit ist,

„mit den vorwiegend reaktionären Wehr- und Putschverbänden zusammen Übungen zu veranstalten und sich einer Gesamtleitung zu unterstellen, deren Ziele und Methoden von denen des Reichsbanners grundsätzlich verschieden sind.“

Im letzten Grunde gehen all diese Meinungsverschiedenheiten noch tiefer, weil sie mit bestimmt sind durch die Unzufriedenheit, die die jüngere Reichsbannergeneration über die Politik der SPD empfindet. Diese aus dem Reichsbanner genährte Opposition ist aber ganz und gar nicht marxistisch oder revolutionär eingestellt, sondern im Gegen-

teil noch viel mehr für „Machtpositionen“ und „Durchdringung des Staatsapparates“, wobei sie die dann zu vergebenden Posten für sich, für die Jüngeren, haben wollen. Trotzdem bleiben all diese Konflikte, die in der SPD nicht mehr abreißen, charakteristisch für die Situation, in der sich der Reformismus befindet. Sie sind Kennzeichen dafür, daß die Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durch die Ereignisse aufscheucht und in Unruhe geraten sind. Unsere Aufgabe ist es, sie von den jetzigen Irrwegen auf den einzig richtigen Weg marxistischer Erkenntnis und revolutionären Handelns zu führen.

### Festung für KPD-Abgeordneten

Leipzig, 1. Dezember.

Das Reichsgericht verurteilte heute den langjährigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten und Parteigestellten Albert Buchmann in München wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu einem Jahre sechs Monaten Festung unter Zubilligung der Ueberzeugungstäterschaft.

Der Angeklagte, der in den Jahren 1929 bis 1930 Bezirksleiter der KPD für Nordbayeren war, hatte in den Jahren 1929 und 1930 in der Münchener kommunistischen „Neuen Zeitung“ und der „Nordbayerischen Volks-

zeitung“, deren verantwortlicher Redakteur er war, 21 Artikel veröffentlicht, in denen ausgeführt wurde, daß die Errichtung Sowjetdeutschlands nur durch den bewaffneten Aufstand der Arbeiterschaft gegen den heutigen kapitalistischen Staat möglich sei.

Außerdem wurde die Arbeiterschaft zur Unterstützung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes aufgefordert. Schließlich hat der Angeklagte in Rosenheim in Bayern Flugblätter der Berliner KPD-Zentrale verteilen lassen, die „Beschimpfungen der Republik“ enthielten.

### ADGB und Schleicher

Es war zwar eine Sensation, aber für etwas Orientierte keine Ueberraschung, als vor einigen Tagen die Meldung durch die Presse ging, daß die ADGB-Führer Leipart und Eggert mit General Schleicher über die Frage der Regierungsbildung verhandelten. Was hatten die Führer der freien Gewerkschaften, die immer betonen, auf parlamentarisch-demokratischem Boden zu stehen, bei der Frage der Regierungsbildung zu verhandeln? Im parlamentarischen System entscheidet doch nur die Partei bzw. die Zahl und Stellung ihrer Abgeordneten. Die Gewerkschaften aber sind keine Partei, haben keine Abgeordneten, und ihre reformistischen Führer betonen auch stets, daß sie ihre politische und parlamentarische Vertretung in der SPD sehen. Warum also, wenn überhaupt Verhandlungen, haben nicht nur die SPD-Führer, sondern auch die Leiter des ADGB verhandelt?

Diese von Millionen Arbeitern mit Recht gestellte Frage wird jetzt von der ADGB- wie SPD-Führung in bewußt irreführender Weise dahingehend beantwortet, daß man es so hinstellen versucht, als ob Leipart und Eggert bei Schleicher nur die wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaften vertreten hätten. Diese Schleicher gegenüber vertretenen Forderungen werden jetzt „auf Wunsch Schleichers schriftlich formuliert“ im Abend-„Vorwärts“ vom 1. Dezember veröffentlicht und lauten in ihren Kernsätzen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen RM sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

3. Das System der Steuergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuerscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit (!!) rückgängig gemacht werden;

die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden;

jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben;

die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangestastet bleiben.“

Abgesehen von der Bescheidenheit und Unzulänglichkeit dieser Forderungen wäre gegen ihren Inhalt nichts einzuwenden. Aber es wäre grundfalsch, die Verhandlungen der ADGB-Führer mit Schleicher nur von dem Gesichtspunkt aus zu sehen, ob ihre Forderungen richtig oder falsch sind und daß der ADGB eben wieder einmal seine mehr oder minder schönen Forderungen bei der Regierung angemeldet hat.

Die Verhandlungen hatten vielmehr einen ganz anderen Zweck. Es geht um nichts anderes, als um den Versuch, das Parlament, den Reichstag, vollkommen auszuschalten und

ohne Regierung zu bilden, die sich ausschließlich auf die sogenannten „Stände“, auf die verschiedenen wirtschaftlichen Organisationen stützt. Und es ist in diesem Zusammenhang auch kein Zufall, sondern entspricht ganz der Notwendigkeit der hier vorliegenden Pläne, wenn die Gewerkschaften, bevor sie mit Schleicher verhandeln, sich mit den Führern der christlichen und anderen bürgerlichen Gewerkschaften verständigen. Es soll, wie das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, und auch andere bürgerliche Blätter berichteten, dabei eine „vollkommene Übereinstimmung“ erzielt worden sein. Zu demselben Zweck haben auch die Gewerkschaften vor ihrer Verhandlung mit Schleicher Forderungen aufgenommen und mit den Vertretern der Unternehmer verhandelt. Auch das ist vom ADGB unwidersprochen in der Presse öffentlich festgestellt worden.

Sind derartige Pläne einer sich auf die Berufsklassen stützenden Regierung ganz neu? Nein. Es entspricht dies erstens einmal ganz dem faschistischen Programm. Zum andern aber haben in dieser Hinsicht schon vor Monaten indirekte Verhandlungen zwischen, allerdings später vom ADGB desavouierten, Gewerkschaftsvertretern und den Naziführern Strasser u. a. stattgefunden. Das Organ einer der bedeutendsten freien Gewerkschaften, der „Korrespondent“ des Buchdrucker-Verbandes, hat schon in seiner Nummer vom 7. August d. J. diese Verhandlungen und „Querverbindungen“ mit den Nazis ausdrücklich gebilligt und dazu, wie wir in der „SAZ“ vom 1. September d. J. feststellten, folgendes geschrieben:

„Wir haben gar keine Ursache, solche Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gebiet politischer Mitbestimmung oder Geltendmachung ohne weiteres als verfehlt oder unsinnig zu bezeichnen (!).“

Es stecken vielmehr hinter solchen Gedanken gesunder Menschenverstand und echte Volkserkundung (!). . . . Sollte an die Stelle der heutigen Reichsregierung eine Regierung treten, die, wenn auch weniger theoretisch als praktisch und vielleicht gar ohne parteipolitische Abhängigkeit, sich an die wichtigsten Lebens- und Kulturforderungen aller wirklich aufbaubereiten Volksschichten gebunden fühlt, so würde es zeitgemäßen Grundsätzen nicht im geringsten widersprechen, wenn die freien Gewerkschaften darin weder ein Verbrechen gegen parteipolitische Disziplin sehen, noch einen Tolerierungsfreleuf daraus machen würden. Sie könnten darin nur eine Frage oder ein Problem realpolitischer Zweckmäßigkeit erblicken.“

Man sieht, hier ist das vollkommene Programm für eine sogenannte außerparteiliche berufständische Regierung ganz offen und eindeutig entwickelt. Keine maßgebende Stelle in der Leitung der freien Gewerkschaften hat gegen diesen Artikel im „Korrespondent“ Stellung genommen. Man hat zur Täuschung der Massen lediglich formal abgestritten, daß irgendein Führer der freien Gewerkschaften mit Nazis oder Schleicher verhandelt hätte. Aber daß der Artikel des „Korrespondent“ seitens der obersten Gewerkschaftsinstanzen unwidersprochen blieb, beweist nur, daß der „Korrespondent“ offen das ausgesprochen hat, was von der ADGB-Führung längst ernsthaft erwogen und geplant wird.

Ob die jetzt sich schon im Stadium der offiziellen Verhandlungen befindlichen Pläne von der kommenden Regierung, die wahrscheinlich Schleicher heißen wird, in die Tat umgesetzt oder vielleicht noch einmal verschoben werden, ist weniger wichtig. Entscheidend ist, daß die ADGB-Führung — wohl in dem Glauben, damit die Gewerkschaften in eine neue Staats- und Regierungsform hinüberzuziehen — drauf und dran ist, eine nach faschistischen Prinzipien geführte Regierung und Kapitalsdiktatur zu unterstützen, die 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder statt zum revolutionären Klassenkampf in den Faschismus überzuführen.

Wir brauchen nicht auseinanderzusetzen, welche Gefahr das für die Arbeiterklasse bedeutet und welcher Verrat von Arbeiterinteressen hier vollzogen werden soll.

Es wird gegenwärtig in der bürgerlichen Presse viel darüber geschrieben, daß die ADGB-Führung mit ihrem Vorgehen sich von der SPD trenne, in „offenen Gegensatz zur SPD“ trete. Wir halten diese Schlussfolgerungen für vollkommen falsch, sind vielmehr überzeugt, daß die Verhandlungen von Leipzig und Eggert mit Schleicher in vollem Einverständnis mit dem SPD-Parteivorstand geführt wurden. Die SPD sieht, daß sie mit ihrer rein parlamentarischen Politik am Ende ist und glaubt offenbar, über diesen Weg der Gewerkschaften auch in „der neuen Ordnung der Dinge“ ein Mindestmaß ihres bisherigen Einflusses hinüberzuziehen.

Wieder, wie schon so oft seit dem November 1918, steht für die Arbeiterklasse die Frage: revolutionärer Kampf mit allen Konsequenzen oder einen neuen gewaltigen Schritt weiter zurück in die schwärzeste Reaktion. Immer haben SPD- und ADGB-Führer in solch entscheidenden Augenblicken das letztere gewählt. Sie sind die verbissensten Feinde der proletarischen Revolution. Und da die andere Alternative nur der Weg zum Faschismus ist, gehen sie eben „notgedrungen“ diesen.

Wir sind überzeugt, daß hier weder die SPD-Mitglieder noch die Massen der Gewerkschaften mitgehen werden. Es kommt daher gerade im jetzigen Augenblick darauf an, daß die Mitglieder in SPD und Gewerkschaften alarmiert und auf die ungeheuren

# Die Hintermänner

Kürzlich konnte man in Düsseldorf einen sehr interessanten Blick in die Hintermänner der Theorie der „grundtätlichen neuen Staatsführung“ des Herrn von Papen gebraut werden.

Brachte da, wie wir bereits kurz berichteten, der berichtigte „Langnamverein“ (Verein für die wirtschaftlichen Interessen von Rheinland-Westfalen). Anwesend waren 1500 Teilnehmer, wie die bürgerliche Presse schreibt, „die führenden Männer der rheinischen Wirtschaft“. Professor Karl Schmitt, heute der tonangebende Theoretiker der Schorfmaier, hielt das Referat. „Bereits vor zwei Jahren“, sagte er, „stand die Tagung des Langnamvereins unter dem Kennwort „Mit zum Handeln“. Hat sich ein solcher Mut inzwischen gezeigt? Als Antwort auf diese Frage ist wenigstens ein Aktivismus zu verzeichnen: Der Putschschlag vom 20. Juli.“

Dann kam ein Hieb gegen das sozialdemokratische „Hinterwäldchen in den Staut“. „Wohlerworbene Beamtenrechte und Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sind innerlich miteinander unvereinbar.“

Überhaupt die bösen Parteien kamen bei Herrn Schmitt sehr schlecht weg, so daß der ebenfalls anwesende Reichsbankpräsident Luther sich in der Diskussion gegen diese Uebertreibungen mit der Bemerkung wandte, daß in der ganzen zivilisierten Welt von Parteien regiert würde. Luther ritt außerdem eine Attacke gegen Wagemann wegen seiner Pläne zur Kreditausweitung (auf gut Deutsch: Inflation).

Im übrigen stimmten alle Diskussionsredner dem Referenten in seiner Forderung der Schaffung eines Oberhauses und eines ausdrücklich als „nichtdemokratisch“ geforderten neuen Kommunalwahlrechtes hundertprozentig zu. Wir werden also bald damit rechnen müssen, daß man das Dreiklassenwahlrecht mindestens für die Kommunalwahlen wieder einzuführen versuchen wird.

Gehelmtat Bürger, Köln, forderte „Autorität, nicht Majorität“, und Düsseldorf „beliebter“ Oberbürgermeister Lehr forderte „Rückkehr zur Persönlichkeit“. Der Präsident des Langnamvereins, Dr. Springorum, stellte zum Schluß, was schließlich bei der Gesellschaft nicht fehlen durfte, die Forderung der Wehrhaftigkeit und der körperlichen Erbtüchtigung der Jugend auf.

Summa summarum gab diese Tagung ein abgerundetes Bild von dem Wollen der wirklichen Machthaber in Deutschland. Die Leute wissen, was sie wollen, und bis heute haben sie immer noch Mittel und Wege gefunden, ihren Willen durchzusetzen.

Der fortgeschrittenste Teil der Kapitalistenklasse erfüllt durch diese Zielsicherheit voll und ganz seine Klassenaufgabe. Nicht zuletzt gelingt ihm das deshalb, weil der Klassengegner, das Proletariat, uneinig und zersplittert ist.

Hier gilt es anzusetzen und mit starker Energie weiter für die Einheitsfront des Proletariats zu kämpfen.

# Auslands-Rundschau

Athen, 1. Dezember.

Das Personal der Straßenbahn und Autobusse beschloß, in den Streik zu treten. Der Führer der Streikenden, der kommunistische Abgeordnete Nefel Udis, wurde verhaftet.

Lemberg, 1. Dezember.

Die Unruhen dauern, wenn auch in vermindertem Umfang, an. Die Stadt gleicht einem Heerlager. Die drei Erzbischöfe von Lemberg erließen einen Aufruf zur Beruhigung der Bevölkerung. Der Berichtsersteller der Regierungszeitung „Gazeta Polska“ wirft dem Lemberger Woiwoden (Statthalter) vor, sich durch mangelnde Entschlossenheit beim Einsatz der Polizei an den Vorkommnissen mitschuldig gemacht zu haben.

Mukden, 1. Dezember.

Eine mandchurische Zeitung meldet offiziell, daß ein japanischer Flieger, der sich auf einem Erkundungsflug befand, von einer Partisanentruppe in der Nähe von Mukden beschossen wurde. Die Maschine stürzte ab und wurde zertrümmert. Der Flieger fand dabei seinen Tod.

Newyork, 1. Dezember.

Die Vereinigten Staaten haben ihre Truppen aus der mittelamerikanischen Republik Nicaragua zurückgezogen. Nicaragua ist seit Jahren in Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die durch dieses Land einen Kanal zur Entlastung des Panamakanals bauen wollen. Mit der Zurückziehung der Truppen hört Nicaragua selbstverständlich nicht auf, unter dem Einfluß der USA zu stehen, da die Vereinigten Staaten schon aus finanziellen Gründen in Nicaragua maßgebend bleiben.

Paris, 1. Dezember.

Am Schluß der Abendsitzung der Kammer wurde der Vorschlag des Finanzausschusses, die von dem Abgeordneten Louis Marin beantragte sofortige Debatte über die Frage der am 15. Dezember fälligen französischen Zahlung an Amerika zu verlagern, gemäß dem Wunsch der Regierung, die die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 425 gegen 166 Stimmen angenommen.

Prag, 1. Dezember.

Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister für Nationalverteidigung, daß das Budget seines Ressorts für das Jahr 1933 um 70 Millionen Kronen herabgesetzt worden sei. Mit Rücksicht darauf werde die Militärverwaltung gezwungen sein, weitere Sparmaßnahmen durchzuführen. Der Betrag, um den das Budget des Ministeriums für Nationalverteidigung gekürzt wurde, sei so groß, daß man ernstlich auch mit einer Herabsetzung des Soldes der Soldaten rechnen müsse.

Washington, 1. Dezember.

Zur Eröffnung der am Montag beginnenden Wintertagung des Bundeskongresses werden Demonstrationen und Unruhen erwartet. Aus den verschiedensten Teilen Amerikas sind Arbeitslosen-Gruppen auf dem Marsch nach Washington, darunter ganze Familien mit kleinen Kindern. Seit der Ausweisung der Kriegsteilnehmer im Juli hat die Stadtbehörde Washingtons den Zutritt geschlossener Trupps sowie alle Umzüge durch die Straßen verboten. Trotz-

Gefahren, die durch die Verhandlungen mit Schleicher zutage treten, aufmerksam gemacht wird.

Daher, Genossen, Gewerkschaftler, fordert überall Rechenschaft von der Gewerkschaftsführung. Keinen Schritt weiter auf diesem Wege, radikalen Schluß mit dieser Führung muß die Lösung sein!

dem nähern sich lange Züge von Arbeitslosen, die vom Kongreß eine achteinige Unterstützungsaktion verlangen wollen. Die Polizei ist mit Tränengasbomben ausgerüstet worden; für das Militär ist jeglicher Urlaub für die ganze nächste Woche untersagt.

Warschau, 1. Dezember.

Die Polizei hob hier gestern eine kommunistische Versammlung aus. Dabei wurden 195 Personen verhaftet. Die Verhafteten sind teils Stalinisten, teils Trotzkisten, die zu einer Einigungsverhandlung zusammengeworfen waren. Die kommunistische Partei ist bekanntlich in Polen für ungesetzlich erklärt.

Wien, 1. Dezember.

Der gestern gemeldete Zwischenfall im Nationalrat wurde nach zweieinhalbstündiger Pause und nach eingehenden Beratungen der Obmännerkonferenz beigelegt. Präsident Dr. Renner teilte mit, Staatssekretär Fey habe ihm die Versicherung gegeben, daß er niemand habe beleidigen wollen. Die Zwischenrufer rief der Präsident zur Ordnung. Staatssekretär Fey beendete seine unterbrochene Erklärung. Die Sozialdemokraten verließen zu Beginn seiner Ausführungen den Sitzungssaal. Die Fortsetzung der Plenarberatungen findet am 13. Dezember statt.

Gegenüber der Behauptung des faschistischen Staatssekretärs Fey, daß die Heimwehr harmlos und unbewaffnet sei, veröffentlicht die „Wiener Arbeiterzeitung“ interessante Bilder aus der illustrierten Heimwehrzeitschrift „Wehrfront im Bild“. Man sieht dort die Heimwehr mit Stahlhelm und Gewehren beim Bau von Schützengraben und bei Maschinengewehrübungen — also ganz „friedlich und gesetzmäßig“!

# Papen gegen Otto Braun

## Belehrungen und Drohungen

Berlin, 1. Dezember.

WTB. Der Reichskanzler hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen in einem Brief an den preussischen Ministerpräsidenten Braun zu dem Erlaß vom 24. November 1932 Stellung genommen.

Daneben bleibt es in der Frage der Briefzustellung bei der bisherigen Anordnung, daß Briefe, die nicht ausdrücklich für das in der Leipziger Straße untergebrachte Staatsministerium bestimmt sind, weiterhin den zuständigen preussischen Ressorts (also den Reichskommissaren) zugehen. Ferner wird noch einmal einwandfrei festgestellt, daß die Beamten, die vom preussischen Staatsministerium oder von einzelnen Ministern im Rahmen der ihnen zustehenden Befugnisse in Anspruch genommen werden, ihre Weisungen nur durch die zuständigen Staatssekretäre entgegenzunehmen haben. Der Reichskanzler stellt mit Bedauern fest, daß das preussische Staatsministerium in seinem Erlaß sich dazu verstanden hat, der Beamtenschaft mitzuteilen, daß die preussische Staatsregierung die Aufhebung der nach ihrer Ansicht sachlich ungerechtfertigten Maßnahmen des Herrn Reichspräsidenten anstrebe. Durch derartige Mitteilungen werde eine Unsicherheit in die Beamtenenschaft gebracht, die im Interesse der Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebes und somit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kaum zu ertragen sei.

Hinsichtlich des Beurlaubungsrechts verbleibt es bei der vom Herrn Reichspräsidenten getroffenen Anordnung, daß das Beurlaubungsrecht den Kommissaren des Reiches zusteht. Der Reichskanzler stellt dazu noch ausdrücklich fest, daß die Ausführungen über das Beurlaubungsrecht, die das preussische Staatsministerium seinem Erlaß beigefügt, geeignet sind, den durch den Erlaß des Herrn Reichs-

# Badische Kirchenverträge beschlossen

Karlsruhe, 1. Dezember.

WTB. Im badischen Landtag wurden heute abend nach zweitägiger lebhafter Aussprache die Kirchenverträge verabschiedet. Bei der Abstimmung waren alle 88 Mitglieder des Hauses zugegen. Das Ergebnis der Abstimmung war die Annahme des Konkordats und des evangelischen Kirchenvertrages mit 45 gegen 44 Stimmen.

# Sozialdemokratischer Parteitag im März

Berlin, 1. Dezember.

CNB. Wie der Vorwärts berichtet, hat der sozialdemokratische Parteivorstand beschlossen, dem Parteiauschuß vorzuschlagen, daß der Parteitag in der Woche vom 12. bis 19. März — in die auch der 50. Todestag von Karl Marx fällt — in Frankfurt a. M. stattfinden soll.

SPD-Parteitag am Todestag von Karl Marx — da kann man wirklich ein bitteres Lachen nicht unterdrücken! Im übrigen ist die frühzeitige Einberufung des Parteitages bemerkenswert. Durch diese Nachricht sollen die murrenden Mitglieder und Funktionäre verfröhelt werden. Aber auch dieser Parteitag wird mit einer Enttäuschung für die oppositionellen Kräfte in der SPD enden — und vielleicht, ja wahrscheinlich wird er, wie vor zwei Jahren der Leipziger Parteitag, gerade deshalb die Auseinandersetzungen in den sozialdemokratischen Reihen verschärfen und weitertreiben.

# Gegen das Chemnitzer Todesurteil

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenkerverbandes Ortsgruppe Zschopau (Erzgebirge) am 27. 11., nahm folgende Entschliessung einstimmig an und sandte sie an das Justizministerium, an das Schwurgericht Chemnitz, an die Landtagsfraktionen der KPD und SPD:

„Wir versammelten Mitglieder des Deutschen Freidenkerverbandes erheben schärfsten Protest gegen das vom Schwurgericht Chemnitz gegen den Arbeiter Ferdinand Bartl gefällte Todesurteil. Wir sehen in dem Urteil einen Schlag der Reaktion gegen die gesamte Arbeiterklasse und verlangen sofortige Aufhebung dieses Klassenurteils und Freilassung des Arbeiters Bartl.“

In einer Mitgliederversammlung des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes Zschopau-Wanne wurde die nachstehende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Der Bergbauindustriearbeiter-Verband Wanne erhebt den schärfsten Protest gegen das Todesurteil des Chemnitzer Sondergerichts gegen den Arbeiter Ferdinand Bartl, welcher, wie das Gericht als erwiesen ansah, den Nationalsozialisten Krebeck nicht erschossen hat. Die Mitglieder geloben äußersten Kampf gegen die Sondergerichte und die Schreckensurteile. Sie erklären unerschütterliche Verbundenheit mit dem Schicksal des Arbeiters Bartl, denn seine Rettung ist Ehrensache jedes Arbeiters.“

Ein ähnlicher Protest wurde in einer Dortmunder Angestellten- und Beamtenversammlung angenommen. Ebenso in einer Dortmunder Erwerbslosenversammlung.

# Kleine Nachrichten

Bielefeld, 1. Dezember.

CNB. Beamte der Landeskriminalstelle Bielefeld haben im benachbarten Steinhagen eine geheime Zusammenkunft von Mitgliedern der kommunistischen Partei in einem verschlossenen und nach außen abgeblendeten Kellerraum ausgehoben. Die Zusammenkunft hatte, wie einige der Beteiligten auch zugeben (? Die Red.), den Zweck, Parteimitglieder im Gebrauch von Waffen zu unterweisen.

Bremen, 1. Dezember.

Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ ist auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 auf die Dauer von 14 Tagen bis zum 13. Dezember verboten worden. Veranlassung gab ein Artikel des Blattes vom 26. November, in dem eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Senats und der Bürgerschaft erblickt wurde.



# Aus einem Gerichtsgefängnis

Reportage von Emil Heyen

## Der Massenandrang

Die Not unserer Zeit steigert die Kriminalität und füllt die Gefängnisse. Man hat dort kaum noch Platz für alle die vielen Menschen, die mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen in Konflikt gekommen sind. Ich werde noch verrückt bei diesem Betrieb, setzte der Beamte, als ich mich dieser Tage zum Straftritt in Dortmund Gerichtsgefängnis einfind.

„Machen Sie Ihre Taschen leer und legen Sie alles in Ihren Hut.“  
Dann ging's in die Aufnahmezelle und von dort in den Baderaum. Wie gesagt, es herrschte Massenandrang und deshalb mußte ich meine Einzelhaftzelle mit zwei anderen Gefangenen teilen. Das Dortmunder Gerichtsgefängnis ist ein alter Kasten. Man verspürt dort noch keinen Hauch von den Neuerungen des Strafvollzuges.

In einem Raum von 22,6 m<sup>3</sup> Rauminhalt müssen heute drei Personen Tag und Nacht ausharren, in einem überhöckernden Klosett-Kübel ihre menschliche Notdurft verrichten und in demselben Kübel ihre Mahlzeiten einnehmen. Der Zellenwärter hat den Vorzug, auf der vorschiffsmäßigen Pritsche zu schlafen. Wie andere mußten uns unser provisorisches Bett auf dem Fußboden herrichten. Die Strafvollzugsbehörde schreibt vor, daß die Unterbringung von zwei Gefangenen auf eine einzelne Zelle aus sittlichen Erwägungen wegen der Gefahr des homosexuellen Verkehrs nicht statthaft sei. Die Gefängnisverwaltung hilft sich deshalb auf einfache Weise. Statt zwei legt man drei Gefangene auf eine „Einzelhaftzelle“. Wenn wir am Abend unsere provisorischen Schlafstellen hergerichtet hatten, so fand man in diesem Raum kaum einen einzigen Quadratmeter freien Boden. Das Fenster mußte Tag und Nacht geöffnet bleiben, um „Gasvergiftungen“ zu vermeiden.

## „Kübel raus!“

Die Gefangenen haben in diesen Gerichtsgefängnissen ein bitteres Los. Der Strafvollzug ist hier weit rückständiger als in den großen Strafanstalten. Am frühen Morgen beginnen die Schikanen. Da heißt's schon während des Morgenkaffees: „Kübel raus!“ Jeder muß seine Mahlzeit unterbrechen und den Kübel vor die Zelle stellen. Man legt in unserer Zeit viel Wert auf Hygiene. Aber was kümmert das unsere Gefängnisdirektoren. Der Gefangene hat nach seiner Einlieferung eben aufgehört, ein anständiger Mensch zu sein. Er muß sich mit den schweinischen Verhältnissen abfinden.

## Romankitsch als Lektüre

Der Außenstehende wird mir gewiß den guten Rat geben, daß man sich mit diesen Zuständen nicht abfinden, sondern sich beim Direktor beschweren muß. Ich tat's. Ich tat's nicht allein, sondern stand an einem Morgen mit 15 anderen Gefangenen vor dem Büro des Direktors. Wir hatten uns alle vorführen lassen. Einzeln durften wir jetzt eintreten.

Mein Nebenmann wünschte in der Woche zweimal rasiert zu werden, da er einen starken Bart habe und das einmalige Rasieren bei ihm eine schmerzhafteste Hautreizung hervorrief. Welch unverschämtes Verlangen. Als er wieder herauskam, erzählte er mir, daß er zunächst eine ärztliche Untersuchung beantragen müsse, ob seine Angaben auch wirklich stimmen und seine Haut derart empfindlich sei. Damit war der Fall erledigt.

Ich forderte die Aushändigung meiner Bücher und glaubte als politischer Gefangener darauf ein Anrecht zu haben. Mir lag viel daran, Fritz Sternbergs „Niedergang des deutschen Kapitalismus“ zu Ende zu lesen. Der alte Herr mit dem respektvollen Hindenburg-Schnurrbart hatte wenig Verständnis für mein Anliegen.

„Sie müssen hier arbeiten und nicht lesen. Im übrigen bekommen Sie wöchentlich drei Bücher aus der Gefängnisbibliothek.“ — Mein Verlangen, mir denn wenigstens statt der Reisebeschreibungen Karl Mays ein Geschichtswerk zu geben, wurde dahin richtig gestellt, daß ich nichts zu verlangen habe und nur einen Wunsch äußern dürfte. Wie er allerdings erfüllt wurde, das stand auf einem anderen Blatt, denn am Nachmittag erhielt ich statt des Geschichtswerks folgende Bücher: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot“, von Karl Matull; „Die verkaufte Großmutter“, ein deutsches Märchenbuch, von Hans Heinz Ewers, und „Um sein Glück Aufzeichnungen des Burggrafen von Neuenburg“. Mit Ausnahme des Märchenbuches, das für Zehn- bis Vierzehnjährige die richtige Lektüre sein mag, ganz außerordentlich schlechter Romankitsch. Man liest dieses Zeug, weil die Langlewige dazu zwingt.

## Klosettpapier

Um sich politisch auf dem Laufenden zu halten, liest man täglich Klosettpapier an, setzt die Papiertüchchen zusammen und erlöst so, das Papier zurückgelesen ist. Mitunter hat man Pech mit diesem Klosettpapier, statt Zeitungstexte sind nur Inzereien. Früher war es in diesem Gefängnis auch einmal erlaubt, Tageszeitungen zu lesen. Seit der Strafvollzug „modernisiert“ wird, hat das aufgehört. Die Gefängnisverwaltung begründet das damit, daß der Austausch der Zeitungen die Vermittlung von Kassibern begünstige. Es ist kaum mehr wie ein Vorwand, denn der „Kirchliche Anzeiger“ wird weiter geliefert. Selbst für Dissidenten.

## Not zwingt zum Diebstahl

Wer fällt heute die Gerichtsgefängnisse? In der Mehrzahl sind es Leute im Alter von 20 bis 30 Jahren. Bei dem halbstündigen Rundgang auf dem Gefängnishof zählte ich unter den annähernd 70 Gefangenen kaum zehn, die ihrem Aussehen nach älter als 35 Jahre waren. Es sind also gerade die Jahrgänge, für die das Leben in unserer heutigen Zeit seinen Inhalt verloren hat. Das äußert sich auch in der Ideologie dieser Menschen. Meine Zelle war eine Durchgangsstation für die kurzfristig Inhaftierten und ich hatte deshalb die Möglichkeit, mich mit sehr vielen dieser jungen Leute zu unterhalten. Ihr Gesprächsstoff ist immer, wie man am raffiniertesten ein „neues Ding dreht“. Gewiß ist dabei vieles Aufschneideri und Kraftmeierei, aber es sind nicht wenige, aus deren verzweifelter Lage man schließen kann, daß die Not sie zum Diebstahl zwingt. Kaum aus dem Gefängnis heraus, stehen sie wieder vor der Alternative: Stehlen oder hungern. Wenn sie ins Gefängnis eingeliefert werden, dann haben sie einen Bärenhunger.

## Mangelhaftes Essen

In der Nachbarzelle saß ein Bayer, für den Pellkartoffeln und Heringe scheinbar ein

Leibgericht waren. An jedem Dienstag gab's bei uns Pellkartoffeln mit einem Salzkraut, den man selbst ausnehmen und reinigen mußte. Als am anderen Morgen der Wachmeister, der vor der Zelle das Kästchen mit den Kartoffelschalen und Heringabfällen vermisste, den Bayern fragte: „Wo sind denn die Abfälle?“, antwortete dieser: „I hab alles hineingefressen.“ Und es ist so, sie essen alles hinein und werden trotzdem nicht satt, denn das Essen hat einen zu geringen Fettgehalt.

## Die „Politischen“

Stellt man Nachforschungen an, was diese Menschen eigentlich verbrochen haben, dann sind die häufigsten Strafdelikte Fahrrad- und Kleinfuhr-Diebstähle, Verkauf von Schmuggelwaren, Betrug, Unterschlagung und gerade in letzter Zeit politische Vergehen. Kein Wunder, daß unter den politischen Gefangenen bei dem heutigen Justizterror die Kommunisten in der Mehrheit sind. Sie geben auch dem Gefängnisleben ihr besonderes politisches Gepräge. Man schläft ein unter den Hochrufen auf die KPD und wird am Morgen durch ein vielstimmiges kräftiges „Rot Front!“ geweckt.

## Die „Arbeitsbelohnung“

Eines der traurigsten Kapitel in diesen Gerichtsgefängnissen ist die Entlohnung der arbeitenden Gefangenen. Da erhielt jemand, der einen ganzen Monat Mattengarn gewickelt hatte, bei seinem Abgang die Summe von 1,18 RM. Ein Kalkfalter hatte drei Monate seinen Dienst getan, er bekam bei der Entlassung 12,80 RM. Wer Fußmatten flechtet, erhält für das Pensum von 28 Stück 12 bzw. 16 Pfg. Für das Stück also nicht einmal einen ganzen Pfennig. Im Lebenslauf kann man täglich 40 bis 50 Pfund Erbsen auslesen. Man bekommt dafür 8 Pfennig. Damit niemand auf den Gedanken kommt, es handle sich um Lohn, nennt man diese Bezahlung in der Gefängnisordnung „Arbeitsbelohnung“. Nette Belohnung. Wenn man den Gefangenen nach der Entlassung wirklich helfen wollte, dann wäre ein angemessener Lohn die geeignetste Hilfe. Aber wer will denn helfen? Sie wollen ja strafen, sie machen die Menschen zu Verbrechern. Es ist heute gar keine Zweifelsfrage mehr, daß das Schuldkonto der herrschenden Gesellschaftsordnung an den Verbrechen dieser Zeit größer ist, wie die persönliche Schuld des Gestrauchteten. Die letzteren sollten erkennen, daß sie ihr Schicksal nicht einzeln meistern können und vom falschen Wege wieder ins Lager der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes zurückfinden.

## Gasexplosion in Montreal

Montreal, 1. Dezember.  
Eine Reihe von Explosionen hat die Bevölkerung der Stadt in Angst und Schrecken versetzt. Die Straßen waren plötzlich in Dunkelheit gehüllt. Feuerbrünste brachen aus, die Fensterscheiben zahlreicher Häuser sprangen entzwei. Beinahe die ganze Garnison und die gesamte Feuerwehr wurden aufgeboten, um der Brände Herr zu werden. 20 Personen wurden mit Brand- und Schnittwunden in die Krankenhäuser eingeliefert. Die Explosionen waren in den Kanalisationsleitungen entstanden, aus denen lange Stichflammen hervorschoßen.

# Zensur!!!

Von Adolf Glasbrenner

## An eine Zensurbehörde

Du wirst mit deinem arhänden „Alles stumm machen“  
Nicht einen einzigen klugen Menschen dumm machen,  
Nur zorniger noch das ganze Publikum machen  
Und höchstens einige — Es als Rücken  
krumm machen.

## Gelsterrache

Der Zensor schlief es war Mitternacht:  
Da legt' sich in seinem Schranken,  
Da standen die bleichen Geister auf,  
Die umardeten Gedankent  
Sie sauzten tief, sie sauzten schwer,  
Sie wankten und schwankten hin und her,  
Und: Wehel Wehel Wehel  
Berscholl's in des Mörders Nähe.

„Ich hatte das arme Volk zu lieb“,  
Erhub der eine die Stimme;  
„Ich forderte das verheißene Glück  
Mit schlecht verbißnem Grimme.“  
Der Dritte sprach: „Ich war munteres Blut,  
Verwechselte einmal Zepter und Knut“  
Der Vierte: „Ich war ein Tadel  
Gegen den lästigen Adel.“

„Ich forderte keck das freie Wort“  
„Und ich die Gleichheit der Rechte“  
„Ich sagte: die Fürsten gehörten dem Volk“  
„Und ich: wir wären nicht Knechtel“  
„Ich höhnte die alberne Konstitution:  
Ein Zehntel Vertretung, neun Zehntel Thron!“  
„Ich wandte mich an die Soldaten“  
„Ich fluchte den Diplomaten“

So tiefen sie alle in finstern Groll  
Und schwuren Rache gen Himmel;  
Drauf wirrt's und schwirrt's um des Schüßlers  
Kopt,  
Das zornvolle Geistergewimmel;  
Es kriecht durch Nase, durch Ohr und Mund,  
Es reißt am Haar ihn, es stopft ihm den Schlund,  
Es tobt in seiner Stirne,  
Es schreit in seinem Gehirn.

Frühmorgens ward dem Zensor verhoben  
Ein großer, langer Orden;  
Er aber sah stier auf das bunte Band,  
Denn er war wahnsinnig worden. —  
An jenem Schrank in der Nacht darauf,  
Hing er mit dem Ordensband sich auf,  
Und draußen hörte der Wächter  
Ein furchterliches Gelächter.

## Reaktion sei nicht so frech!

Ach, Reaktion, sei nicht so frech,  
Dhu di: nicht so upflustern,  
Als müßt' man die Freiheit fatch  
Mit einem Mal inschustern!

Ich sage dir, ich sage dir:  
Halt's Maul, du alte Vettel!  
Wer weiß, Herrjees, een Oogenblick  
Plautz liegt dein janzer Bettel!

Denn fegen wir den janzen Mist,  
Beordent und bebändert,  
Denn streben wir nach Reinlichkeit,  
Denn wird sehr stark jeändert!

Denn wird et Dagl Und dieses stört  
Die Eulen und die Unken!  
Der Dag wird eine ewge Necht  
Für alle die Halunken!

Drum, Reaktion, drum jeh in dir:  
Schon fängt er an zu schimmern  
Der Dag, wo deine janze Brut  
Wird „Jnade, Jnade“ wimmern.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten.  
Copyright 1932 by  
24) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Warum die Geschichte? Laß die Geschichte Geschichte sein, die Geschichte ist eine Großmutter. Wir schreiben es uns selbst gut... Das tröstet uns aber wenig.“

„Wieso tröstet euch das nicht, Wjetrow?“  
Kirikow lächelte mutlos und machte eine hoffnungslose Handbewegung.

„Aber Hortlerin, das sind doch alles dämliche, schwerfällige Menschen.“  
Er stützte sich auf den Tisch und lächelte verachtungsvoll und traurig.

„Das Fluchen merzen sie aus, aber ein Klosett gibt es nicht. Gegen die Trunksucht kämpfen sie, aber die Hazardspiele, die bemerken sie nicht.“  
Wjetrow sprang vor Ueberraschung sogar auf.

„Hazardspiele? Wo?“  
Kirikow fuhr, ohne Rücksicht auf ihn zu nehmen, naseleind fort:

„Die Pferde stehen in einem Palast, die Kinder aber werden in der Stickluft ihrer Hütte vergiftet. Hier ist unser gemeinsamer Speiseraum, vor Schmutz und Gestank wird es einem aber ganz schlecht drinnen: es gibt hier keinen Waschtisch, ganze Waggons Straßenkot werden mit den Stiefeln hereingeschleppt. Zeitungen und Bücher lassen wir kommen, aber Analphabeten haben wie vierzig Prozent.“

„Halt mal Prochor. Wo hast du Hazardspiele gesehen?“  
Kirikow blickte ihm scharf und erstaunt in die Augen und rümpfte traurig die Nase.

Zum ersten Mal sah ich, wie Wjetrow verlegen und verwirrt wurde, als habe man ihn persönlich beim Hazardspiel ertappt. Ich verstand nichts von diesem Gespräch, wurde

aber, ich weiß nicht warum, selbst verlegen. Ich fühlte, wie mein Gesicht flammend heiß wurde. Kirikow aber brummte mich mit kraftloser Stimme an:

„Ach, Sie... pythisches Orakel!“  
„Sie sind selbst ein pythisches Orakel. Keine Silbe verstehe ich von all dem, was Sie hier von sich geben.“

„Eine Pädagogin nennt sie sich und lügt!“  
„Was fällt Ihnen ein, Prochor, Sie reden Frechheiten...“

„Na, wenn schon...“  
„Es gibt hier schon eine Menge Hazardspiele. So zum Beispiel spielt Wjetrow blind mit seinem Familienleben Hazard. Er wird verspielen, das ist klar. Guljaka ist ein guter Sekretär und ein fabelhafter Organisator, er und Wjetrow sind wie Kastor und Pollux. Aber Kinder kann er keine machen. Er spielt Liebe mit falschen Karten. Das ist eine böse Geschichte.“

Guljaka zuckte zusammen von dem unerwarteten Schlag. Schweiß trat ihm auf die Stirne. Er räusperte sich, sein Atem stockte. Offenbar erstarrte etwas in seinem Innern vor Kirikows Worten.

„Das ist sehr richtig... Dagegen gibt's kein Rezept... Das ist ein Problem...“

„Bei uns ist alles ein Problem... ein Problem der Kontraste: da habt ihr den Bankier. Er ist die Stütze und der Pfeiler der Kommune, ein Parteiorganisator und schleicht in allen Hinterhöfen, in allen Winkeln und Ecken herum, sammelt jeden Dreck und trägt ihn in sein Zimmer. Gestern habe ich auf der Straße eine Zigarettenpackung fortgeschmissen, er hat sie aufgehoben und in die Tasche gesteckt. Ich habe sie absichtlich fortgeworfen, um ihn zu necken. Gehen Sie mal zu ihm, Pädagogin, das ist sehr interessant. Sie mühten mal seine Schatzkammer bewundern. Alles, was die anderen weg-schmeißen, ist für ihn heiliger und unantastbarer Privatbesitz.“

„Ist das wahr, Wjetrow?“  
Wjetrow blickte Kirikow mit toten Augen an.

„Ich befasse mich nicht mit N.C.'spüren, das ist die freiwillige Arbeitspflicht Prochors.“  
Kirikow blickte Wjetrow niedergeschlagen und ermüdet an, nur seine gesunden Zähne glänzten jung auf.

„Das ist keine schlechte Arbeitspflicht: Detektiv durch den Willen der Kommune. Du irrst dich aber, Wjetrow: ich bin nur ein guter Beobachter. Um ein guter Lehrer zu sein, das heißt, ein guter Erzieher und Lehrer der Kinder, muß man ein sehr aufmerksamer Beobachter sein. Es ist nicht menschengefährlich, jede Tatsache des Lebens zu bemerken und zur Kenntnis zu nehmen. Die Gegensätze zwingen einen zu Verallgemeinerungen und Folgerungen. Zum Beispiel: wie ist ein Pope mit einer Kommune zu vereinbaren? Wie ein Petroleumkocher mit einem gemeinsamen Speiseraum? Wie ein Kindergarten mit Kinderprügeln?“

Wjetrow schien zu Eis geworden zu sein, er schloß die Augen. Ich wurde ganz ängstlich. Aus irgendeinem Grunde war ich überzeugt davon, daß Wjetrow aufspringen und in irrsinniger Wut Kirikow schlagen werde. Auch Guljaka blickte ihn mit roten, feberhaften, feuchten Augen an. Sein Gesicht war aufgedunsen und rot. Dieser Kirikow quälte sie bis zur äußersten Erschöpfung.

„Oder wie soll man zum Beispiel folgende Tatsachen nicht als Gegensätze betrachten. Uebrigens was ist eigentlich ein Gegensatz? Antworten Sie, Pädagogin...“

„Nun... das sind Erscheinungen und Tatsachen, die sich gegenseitig aufheben.“

„Falsch. Sie haben sich die Dialektik nicht angeeignet. Ein Gegensatz ist ein zweischneidiges Schwert, das ist eine unvereinbare Einheit, die als Unsinnigkeit auf uns eindringt. Das ist Darwin, der blind an Spiritismus glaubt, das ist Wjetrow, der feig vor einer Abgeschmecktheit kuschelt. Oder das ist Guljaka, der grausame Verfolger aller, die nur zufällig Alkohol gerochen haben, und selber stockbesoffen vor uns sitzt.“

In Wjetrows Augen zitterten lodernde Tröpfchen. Guljaka sah da wie ein Verurteilter: als hätte ihn jemand ins Gesicht geschlagen. Seine Lider zuckten. Kirikow blickte gelangweilt zur Seite. Als hätte er eine notwendige und ihn anwidernde Pflicht erfüllt.

Wjetrow erhob sich hastig, wie wenn sich etwas in ihm entladen hätte und sagte nur zwei Worte: „Gehen wir!“

Diese dumpfe, zuckende Stimme, die mich mehr erschreckte als das lauteste Gebrüll,

legte sich unerträglich schwer auf mich. So befiehlt man einem unversöhnlichen Feind, der sofort erschossen werden soll, aufzustehen. Guljaka erhob sich demütig und gehorsam und ging mit schwankenden Schritten neben Wjetrow dahin. Es kam mir vor, als stürzten alle Menschen, die sich im Speiseraum befanden, zu unserem Schrecken mit den Armen. Die flammenden Zünglein der Hängelampen zitterten wie im Fieber und zuckten über den Glaszylindern. Ich erschrak: jetzt erlöschen sie alle, und wir ertrinken in einem undurchdringlichen Dunkel. Ein Windstoß, der durch das offene Fenster hineinstürmte, bemerkte plötzlich, wie flackernde Lichter in der schwarzen Dunkelheit hinter den Fenstern aufloderten und ein Donner erdröhnte. Ein Gewitter begann.

Ich lief Wjetrow und Guljaka nach, und aus dem Dunkel, ohne Entfernung und Maß, hörte ich Wjetrows dumpfe, ein wenig heisere Stimme:

„Du bist ein Schuft. Ich werde im Sekretariat der Zelle deinen Fall sofort auf die Tagesordnung bringen.“

Guljaka hütelte, als kitzle es ihn im Hals.

„Wjetrow, höre mich doch an, Freund... Gehe ich fort, so schlepp ich dich ja mit. Wollen wir lieber gemeinsam die Kommune in Trümmer schlagen. Wir sind im Sumpf des persönlichen Lebens steckengeblieben, Genosse Wjetrow.“

Im Dunkel über die Erdklumpen stolpernd, lief ich ins schwarze Nichts, nur dem Klang der Stimmen nach, und Schrecken erfüllte mich. Ich erschrak vor meiner Abgeissenheit von sichtbaren Menschen und sichtbaren Dingen. Ein grüner Blitz beleuchtet die Erde und von der mondweißen Wand hoben sich unter aufblühenden Blüten deutlich und sehr nahe vor mir die einsamen Gestalten Wjetrows und Guljakas ab. Doch als der Blitz verschwunden war, die Dunkelheit noch schwärzer, die Luft zitterte von einem Donner, der Himmel leuchtete wie ein Eisfeld. Und dieses dämmernde Licht rollte vernechtend von einem Ende zum anderen. Es roch schief nach Erde. Im Finstern stieß ich mit beiden — Wjetrow und Guljaka — zusammen. Ich trennte sie und lächelte beide unter.

(Fortsetzung folgt.)



# Der BVG-Streik in der Gewerkschafts-Diskussion

Auf was kommt es an?

Wir haben in der „SAZ“ während und unmittelbar nach dem Berliner Verkehrsstreik sehr ausführlich zu der gesamten politischen und wirtschaftlichen Bedeutung dieses Kampfes Stellung genommen. Aber der Berliner Verkehrsstreik hatte nicht nur eine allgemeine politische Bedeutung und Auswirkung von größtem Ausmaß, sondern er hat auch in den Gewerkschaften selbst, wie noch kein Streik vordem, die Mitglieder massen zu lebhaftester Diskussion aufgeführt. Die große Mehrheit der Mitglieder kann das Verhalten der Gewerkschaftsführung in diesem Streik einfach nicht verstehen. Auch wenn sie stimmungsnäheig gewiß nicht bei der RGO steht, in zum größten Teil sozialdemokratisch orientiert ist, so ist es ihr doch unfähig, daß die Gewerkschaftsleitung sich in diesem Kampf von Anfang an selbst ausschaltete und sogar, nachdem die gesamte Belegschaft im Streik stand, die gewerkschaftlich organisierten zur Arbeitsaufnahme (also zum Streikbruch) aufforderte, während die Unorganisierten den Streik unter Leitung der RGO, ja sogar der Nazis, weiterführten.

Das ist eine vollkommene Umkehrung aller normalen Verhältnisse. Das Normale ist nämlich, daß die gewerkschaftlich organisierten streiken bzw. den Streik führen und daß die Gefahr des Streikbruchs von seiten der Unorganisierten droht. Es ist daher ganz verständlich, daß die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder aus dem anormalen Bild im Verkehrsstreik die Schlußfolgerung zieht, daß hier — auch wenn man die Einzelheiten des Kampfes gar nicht kennt — ein großes Versagen, eine grundsätzliche Politik der Gewerkschaftsführung vorliegen muß. Aus diesem Grunde rebellieren auch die SPD-Arbeiter in allen Bezirken des Reiches. Von überall her wird gemeldet, daß in der SPD starke Oppositionsstimmen gegen die von der SPD-Führung gedeckte Taktik der Gewerkschaftsleitung vorhanden ist.

Diese Opposition in der Arbeiterschaft ist es, die die Gewerkschaftsführung und vor allem die Leitung des Gesamtverbandes veranlaßt, nun mit allen Mitteln in der gesamten Gewerkschaftspresse wie auch in unzähligen Gewerkschaftsversammlungen „Aufklärung“ über diesen Streik, natürlich im Sinne der Gewerkschaftsführung, zu betreiben. Die

## Argumente der Gewerkschaftsführung

sind hierbei folgende:

1. Die Prozentrechnung. Der Streik hätte bei der Urabstimmung keine statutengemäß vorgeschriebene Dreiviertelmehrheit gehabt. 2. Der Gewerkschaft wäre es ohne Streik gelungen, den geforderten Lohnabbau von 23 Pfg. auf 2 Pfg. zu reduzieren. Dabei wird dann gleichzeitig noch der Nachweis geführt, wie „gut bezahlt“ die Berliner Verkehrsarbeiter wären. 3. Durch die „dumme“ und „unverantwortliche“ Streiktaktik der Kommunisten wäre es zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches gekommen und die Gewerkschaften wären damit infolge ihrer Friedenspflicht nicht mehr in der Lage gewesen, den Streik zu unterstützen oder gar zu führen. 4. — und das ist in der jetzigen „Aufklärungs“-Propaganda das Hauptargument — die KPD bzw. die RGO hätten durch ihre „sinnlose“ Streiktaktik

## die Maßregelung von 2500 Verkehrsarbeitern

verschuldet. Die Leitung des Gesamtverbandes ist schamlos genug, diese Argumentation in einem Bildflugblatt, das zu Hunderttausenden in allen Gewerkschaften ganz Deutschlands verbreitet wird, damit zu stützen, daß sie ganz im Stile der bürgerlichen Presse unter der Überschrift „Hier stehen die Opfer, irreführt und arm“ ein großes Bild bringt, auf dem zu sehen ist, wie die gemäßregelt BVG-Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude der BVG anstehen, um zu versuchen, wieder eingestellt zu werden.

Der Refrain dieser ganzen Argumentation ist immer wieder: „Die Gewerkschaftsführung hat ganz richtig gehandelt, die Kommunisten haben mit diesem Streik die Massen ins Unglück gebracht.“ Die SPD- und Gewerkschaftspresse berichtet auch triumphierend, daß in diesen und jenen Gewerkschaftsversammlungen der Verbandsleitung für ihr Verhalten im BVG-Streik „das Vertrauen ausgesprochen“ und der Streik verurteilt worden sei. Dabei muß gleich auf eine sehr bezeichnende Tatsache hingewiesen werden: die Instanzen des Gesamtverbandes verfolgen nämlich hierbei planmäßig die Taktik, die Diskussion über den Verkehrsarbeiterstreik

## nirgends in Mitgliederversammlungen, sondern nur in Funktionärskonferenzen

durchzuführen. Nun ist aber bekannt, daß mit wenigen Ausnahmen gerade die Funktionärskörper im Gesamtverband fast nur aus ausgeübten und „zuverlässigen“ SPD-Leuten besteht. Für diese Funktionäre ist seit langem die sozialdemokratische „Staatspolitik“ und nicht das alleinige Interesse der Arbeitermassen maßgebend bei der Beurteilung aller Fragen der Arbeiterbewegung. Daß diese Funktionäre dann die Politik der Gewerkschaftsführung im BVG-Streik „ausdrücklich billigen“, ist durchaus erklärlich. Aber ihre Stellungnahme entspricht ganz und gar nicht der Stimmung in der breiten Mitgliedschaft. Wäre es anders, dann würde die Verbandsleitung sich nicht so ängstlich scheuen, die Frage — so wie es notwendig wäre — in Mitgliederversammlungen zur Diskussion zu stellen.

Da aber, wie schon erwähnt, der Berliner Verkehrsstreik in der gesamten Gewerkschaftsbewegung zur Debatte steht, ist es notwendig, hier noch einmal kurz zusammenzufassen, auf was es hier ankommt.

Formell mag die Verbandsleitung mit ihrer Prozentrechnung und mit ihrem Hinweis auf die Friedenspflicht im Recht sein. Aber alle diese Argumente sind vom Gesichtspunkt der Arbeiterinteressen aus völlig nebensächlich. Entscheidend ist allein die Frage:

Hat das Verhalten der Gewerkschaftsführung in diesem Streik den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse genützt oder geschadet?

Und sie hat der gesamten Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften insbesondere den denkbar schwersten Schaden zugefügt. Es war eine 78prozentige Mehrheit der Abstimmenden für den Streik vorhanden, wobei noch die Frage zu stellen wäre, warum die 3900 Nichtabstimmenden sich von der Abstimmung fernhielten, ob sie nicht krank, verreist oder sonstwie verhindert waren. Weiter: Am Tage des Streikausbruchs stand die gesamte

Belegschaft geschlossen im Kampf. Das hätte die Möglichkeit geboten, wenn sich die Gewerkschaften mit allen ihren Machtmitteln hinter diesen Kampf gestellt hätte, einen schnellen und vollkommenen Sieg zu erringen. Es wäre dies gleichzeitig der denkbar schwerste Schlag gegen die ausschließlich gegen die Arbeiterinteressen gerichtete Kapitalsdiktatur der Papen-Regierung gewesen.

Diese Möglichkeit hat die Gewerkschaftsführung nicht ausgenutzt, sie hat im Gegenteil den Kampf sabotiert, den Streik gebrochen. Sie hat damit die Kapitalsdiktatur, die Papen-Regierung gestützt und den Interessen der Arbeiterklasse den schwersten Schlag versetzt. Das ist die große Schuld der Gewerkschaftsführung. Durch ihr Verhalten ging der Streik verloren, und deshalb ist sie auch voll verantwortlich für die 2500 Maßregelungen.

Diese Tatsache gilt es, bei der Diskussion in den Gewerkschaftsversammlungen in den Vordergrund zu stellen und darauf zu dringen, daß im Interesse der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften im besonderen mit dieser katastrophalen Politik der Gewerkschaftsführung radikaler Schluß gemacht wird.

# Wie es in einem schwäbischen Bauerndorf aussieht

Ein Genosse stellt uns einen Brief, den er dieser Tage von seiner alten Mutter erhielt, zur Verfügung. Im interessantesten Teil des Briefes werden die Zustände in dem rund 700 Einwohner zählenden, ganz kleinbäuerlichen Dorf in Württemberg wie folgt geschildert:

„Ich will Euch meine persönliche Ansicht über den wirklichen Stand der öffentlichen Meinung hier schreiben: In erster Linie beherrscht der allgemeine katastrophale Geldmangel den ganzen Wirtschaftsbetrieb, der Bauer klagt über Geldmangel, der Handwerksmann desgleichen bis herunter zum Tagelöhner. Ihr dürft nicht meinen, daß der Bauer eben jammert ohne Grund, es ist wirklich so, hier in F. ... extra. Die Darlehenskasse ist in Schwierigkeiten geraten, und zwar nicht durch Betrug, sondern durch Gutmütigkeit und Gefälligkeit des Kassierers. Dieser hat immer viel mehr Darlehen abgegeben, als Geld angelegt wurde, und dann ging diesen Sommer eine Sage, daß wieder eine Inflation komme, und die Folge war, daß alle Großbauern (die „Großbauern“ sind in Wirklichkeit kleine Mittelbauern) ihre sämtlichen Anleihen von der Darlehenskasse herauszogen (zusammen 32.000 Mark) und auf der Oberamtssparkasse anlegten.“

Die Darlehenskasse hat seinerzeit bei der ersten Inflation keinen Pfennig Aufwertung ihren Geldgebern bezahlt, dagegen die Oberamtssparkasse bis zu ein Viertel des Nennwertes, und daher die unsinnige Angst, daß es wieder so kommen könnte. Nun wurde bei einer Generalversammlung beschlossen, daß sämtliche Zinsen, die im Ausland stehen, auf am 1. Dezember bezahlt werden müssen und an alle ausstehenden Darlehen 10% ebenfalls zu bezahlen sind. Konnt Euch denken, was diese Maßregel für das ganze Dorf bedeutet, wo alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse so niedrig im Preise stehen. Die Molkekeri zahlt noch 8 Pfg. pro Liter aus gegen 16 Pfg. in früheren Jahren, und dies ist hier eine Haupteinnahmequelle, Früchte, Vieh etc. nur noch halbe Preise gegen früher. Die Folge ist, daß hier ein so deprimiertes niedergeschlagenes Wesen eingerissen ist, da ja Steuern und Abgaben auch fast unerschwinglich sind, daß sich die Leute fragen, wo für leben wir eigentlich noch? Die Kaufkraft ist auch ganz lahmgelegt, man kauft nur noch das Allernotwendigste. S. (Tochter) fühlt mit ihrer Näherer natürlich auch ganz die Not der Zeit; die Leute bringen hauptsächlich alte Kleider zum Auffrischen, da neue Sachen nicht mehr gekauft werden können.“

Bei den Wahlen in diesem Herbst kam die Notlage auch ganz gewaltig zum Ausdruck, die Leute waren ganz stumpf, die ständige Redensart hörte man täglich: Zu was wählen, es ist ganz gleich, wer am Ruder sitzt, immer wird's etwas schlimmer mit den oberen Zehntausend, und die Folge war, daß viele gar nicht wählten. Die NSDAP erhielt zwar hier die meisten Stimmen, aber jedenfalls viel weniger als im Sommer. Die übrigen Stimmen zerstückelten sich, die Kommunisten erhielten 12 Stimmen gegen 2 im Sommer.“

Dieser Brief von einer einfachen Frau, die, wie unser Genosse berichtet, selbst bis vor einigen Jahren einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb hatte, behandelt zwar nur die Verhältnisse in einem kleinen Dorf. Aber er ist typisch für die Notlage der Kleinbauern

in ganz Deutschland. Der Brief zeigt aber auch, wie hilflos die Kleinbauern ihrer Notlage gegenüber stehen und wie ihre trostlosen Verhältnisse geradezu nach einem planmäßigen, organisierten Kampf gegen die Ausbeuter schreien.

Aber allein können die Kleinbauern, auch wenn sie organisiert vorgehen würden, nichts ausrichten, weil, genau wie bei den Arbeitern, ihre Lage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entscheidend nicht mehr verbessert werden kann. Sie bekommen für ihre Produkte, Milch, Butter, Fleisch, deshalb so wenig, weil der Arbeiter kein Geld zum Kaufen hat. Auch die Kleinbauern können daher aus ihrer trostlosen Lage nur befreit werden durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und Befreiung der Arbeiterklasse. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes von Kleinbauern und Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Großagrarier.

Heute spielen sich die Junker und neuerdings die Nazis noch als die Vertreter der ganzen Landwirtschaft, also auch der Kleinbauern auf und hetzen sie gegen die Arbeiter, Junker und Nazi sind aber, als die reaktionärsten Vertreter der großkapitalistischen und großagrarischen Interessen, die schlimmsten Feinde der Kleinbauern. Aufgabe unserer Genossen ist es daher, alles zu tun, um auch darüber auf dem Lande Aufklärung zu schaffen und die engste Verbindung zwischen Kleinbauern und Arbeiter herzustellen.

## Teilstreik bei Krupp

Mit 108 gegen 28 Stimmen für Streik

Essen, 30. November.

In den Kruppwerken kam es, wie wir bereits berichteten, am Dienstag zu einem Teilstreik der Hochofenbelegschaft. Die Direktion hatte der Belegschaft des gesamten Werkes einen Lohnabbau von 1 bzw. 2 Pfg. zudiktieren. Eine Versammlung der DMV-Vertrauensleute hat dieses Lohnkürzung leider gegen eine starke Minorität angenommen und sich gegen den Streik ausgesprochen. Die RGO, die nunmehr im Zusammenhang mit den „roten Betriebsräten“ den Versuch unternahm, die Streikbewegung selbständig auszulösen, hatte mit ihren Bemühungen bisher nur bei der Hochofenbelegschaft Erfolg. Die Hochofenbelegschaft hat am Dienstag die Arbeit niedergelegt und in einer Urabstimmung mit 108 gegen 28 einen Streikbeschuß gefaßt und folgende Forderungen aufgestellt: 1. Keinen Pfennig Lohnabbau, 2. Bezahlung der Streikstunden, 3. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Der Streik soll bis zur restlosen Erfüllung dieser Forderungen durchgeführt werden. E.H.

## Bergarbeiterstreik in Oesterreich

Wien, 1. Dezember.

Die Belegschaft des Grünbacher Kohlenbergwerkes hat mit 83 gegen 17 Prozent der Stimmen beschlossen, in den Streik zu treten. Die Belegschaft zählt 1096 Mann. Heute führen die beiden Schichten noch ein, am Mittwoch aber wird die Arbeit niedergelegt.

## Werbt Abonnenten

## 10,7 Millionen Mark Reingewinn Aber keine Herabsetzung der Strompreise durch den RWE Elektrotrust

Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, als die größten deutschen und auch europäischen Stromwerke, geben jetzt die Bilanz des Geschäftsjahres 1931/32 bekannt. Danach werden in diesem Jahre 5 Prozent Dividende verteilt. Die Betriebsgewinne sind gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich, von 68,6 Millionen auf 66 Millionen, zurückgegangen. Der Reingewinn beträgt 10,7 Millionen gegen 11,1 Millionen im Vorjahr. Aus den Zahlen über die Stromabgabe ist besonders interessant, daß die Kraftstrom- und Lichtstromabgabe erheblich zurückgegangen ist, während die Abgabe des Haushaltsstroms um 50 Prozent gestiegen ist. Trotzdem werden die Kleinabnehmer bei der Festsetzung der Strompreise immer noch benachteiligt. Der Kleinabnehmer zahlt heute für die Kilowattstunde 15,4 Pfg. und erhält den Strom nur dann auf 8 Pfg. ermäßigt, wenn er einen Monatsverbrauch von 150 Kilowattstunden hat. Welcher Arbeiter kann sich heute aber noch einen Stromverbrauch von 14 Mark im Monat erlauben? Die Bedingungen für die Preisermäßigung können von den Kleinabnehmern also gar nicht erfüllt werden. Der günstige Geschäftsabschluss dieses riesigen Elektrizitätstrusts beweist, daß mit allem Nachdruck eine Herabsetzung der Strompreise für den Kleinabnehmer gefordert werden muß. E.H.

## Besserer Arbeiterschutz?

Die letzte Nummer des „Reichsarbeitsblatt“ enthält den Rechenschaftsbericht der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1931. Danach waren in fast allen Industriezweigen im Jahre 1931 weniger Berufskrankheiten und Unfälle zu verzeichnen als im Jahre 1930. Das „Reichsarbeitsblatt“ glaubt daraus schließen zu können, daß das, zumindest zum Teil, einem Ausbau der Schutzmaßnahmen in den Betrieben zuzuschreiben sei.

In Wirklichkeit bieten die Riesen zahlen der Erwerbslosen und der stillgelegten oder teilweise geschlossenen Betriebe genügend Erklärung für diesen zahlenmäßigen Rückgang. Antreiberei und Mangel an ausreichendem Arbeiterschutz in den noch laufenden Betrieben haben auch im Jahre 1931 mehr als genügend Opfer unter den Lohnsklaven kapitalistischer Ausbeutung gefordert.

## Ostpreußens Arbeitslosenziffer steigt rapide

(Eigene Meldung der SAZ)

Soeben erfahren wir vom Landesarbeitsamt Ostpreußen, daß in der ersten Novemberhälfte bis einschließlich 15. November 1931 die Arbeitslosigkeit um 10.200 auf 93.000 Personen erhöht hat. Ist das Papens Arbeitsbeschaffung?

## Aus der Partei

### Mitteilung der SSB Reichsleitung

Der Parteivorstand hat in seiner letzten Sitzung einen neuen politischen Leiter des Schutzbundes bestimmt. Der Sitz der Reichsleitung bleibt Berlin. Die Reichsleitung wird die in der letzten Zeit vernachlässigten Arbeiten sofort in Angriff nehmen und bittet alle Ortsgruppen, ihre Adressen mit Angabe der Mitgliederzahl sofort an die Reichsleitung des SSB, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Parteibüro der SAP, zu melden.

Achtung! Achtung!

An alle Einzelbezieher!

Das Bezugsgeld für Dezember ist fällig! Pünktliche Bezahlung sichert pünktliche Lieferung der „SAZ.“ Alle Zahlungen sind zu richten an Walter Geburt, Breslau 6, Postscheckkonto 75 789. „SAZ“-Geschäftsleitung.

## „Hölzerne Kreuze“

Nachfilm-Veranstaltung am Sonnabend, dem 3. Dezember, im Volkstheater Königstadt, Berlin, Schönhauser Allee 10-11. Erich Weimer rezitiert. Beginn 23,30 Uhr. Eintritt 30 Pfg.

## SAP und SJV Berlin

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Insetts: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Max Rausch, Breslau; Lohndruck: Th. Schatzky AG, Breslau; Neue Gruppenstraße 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe | Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 75 789 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes. Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe | Telefon 206 02.



## Wie sie rüsten

„Rüstungspflicht und Kriegsgeschrei — Schneider-Creuzot ist dabei. Läßt nicht ruhen seine Hände, sieht denn steigt die Dividende.“  
(Schneider-Creuzot zu den Politikern).

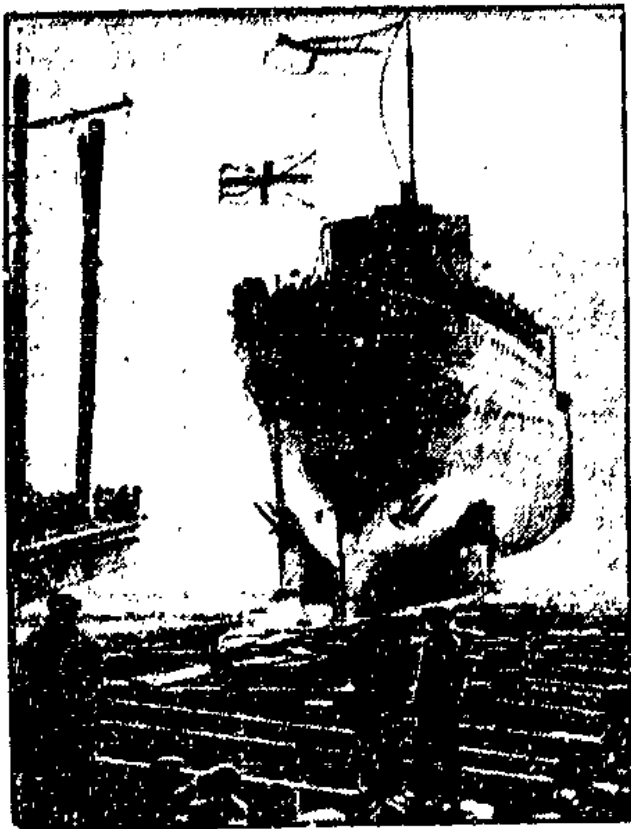


Die französische Waffenfabrik Schneider-Creuzot verteilt 25 Prozent Dividende. Es lebe der Imperialismus! Die internationale Schwerindustrie der Bourgeoisie — auch Krupp besitzt ja bekanntlich Aktien von Schneider-Creuzot — reißt sich die Hände und drängt ihre Regierungen immer eifriger zu dem letzten kapitalistischen Ausweg aus der

Weltwirtschaftskrise — zum imperialistischen Kriege. Obenstehendes Bild wird von der nationalistischen Presse zu einer Frankreich-reichthum benützt. Das Proletariat weiß aber, daß man anstelle von Herriot, Tardieu, Poincaré Politiker eines jeden anderen imperialistischen Landes setzen kann.

Untenstehend

Bei der englischen Infanterie soll eine neue Uniform eingeführt werden. „Möglichst bequem und unbeschwert gekleidet“, die Proleten in das nächste Massensterben zu schicken, das ist die Devise der englischen Bourgeoisie. (Der Militargeist scheut sich selbst vor der Verwendung des Schillerkragens nicht).

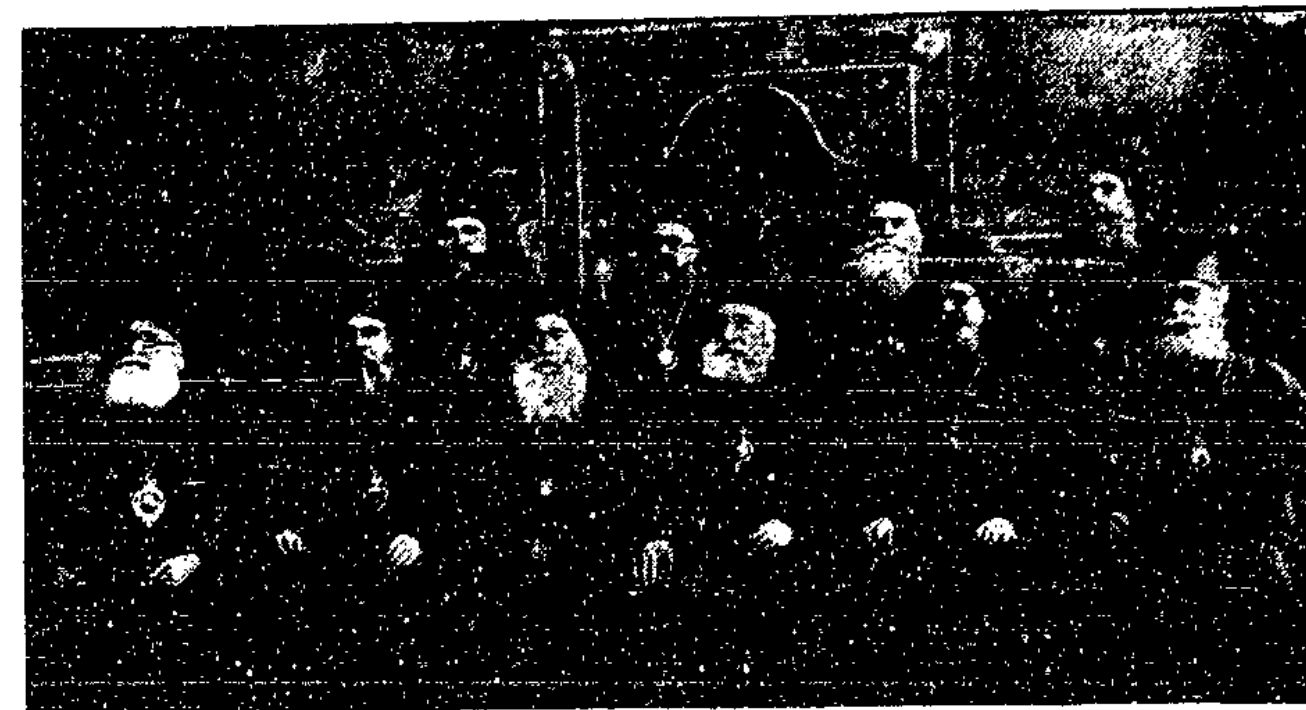


Und so rüsten sie denn! Der englische 7 Tausend Tonnen-Kreuzer „Orion“ wurde soeben vom Stapel gelassen. Der Bau dieses Kriegsschiffes hat die Kleinigkeit von 15 Millionen Reichsmark verschlungen.



Nicht weil der Geist des Friedens und der Abrüstung in Japan eingezogen ist, hat die Japanische Regierung beschlossen, ihr einziges Kriegsluftschiff zu verschrotten, sondern weil es als Kriegsmaschine durch sein ehr-

würdiges Alter unbrauchbar geworden ist und seine Unterhaltungskosten dem möglichen „Nutzeffekt“ nicht mehr entsprechen. Im Kapitalismus gibt es keine Abrüstung!



Das sind die, die die Waffen segnen — Pfaffen in Buitrien, die Skalen des bürgerlichen Systems.

## In den Klauen der Krise

Nebenstehend.

Die Kapitalisten, die sich einst etwas darauf zu gute taten, daß sie den Künstlern Brot gaben, haben in der Krise für die Kunst nichts mehr übrig. . . Kunst in Bedrängnis! Namhafte Wiener Künstler malen große Plakate an die Fronten der Häuser. Sie rufen die Einwohner Wiens zu Hilfe, um ihren notleidenden Kollegen helfen zu können.



Nebenstehend.

Der brutale amerikanische Kapitalismus kennt nur Profit für die Kapitalisten und Ausbeutung für die Proleten. In Amerika gibt es keine Sozialversicherung, die Arbeitslosen sind auf die Bittelpfennige der Bourgeoisie im wahren Sinne des Wortes angewiesen. Im New Yorker Arbeiter-viertel Bronx teilt das Bürgermeisteramt Kohlen aus

Nebenstehend.

Im „krisenfesten“ Frankreich wirkt sich die Krise derartig katastrophal auf die Lage der Pariser Geschäftswelt aus, daß man neuerdings zu dem verzweifeltsten Mittel gegriffen hat, berühmte Sänger auf den Straßen vor den Warenhäusern zum Anlocken des Publikums singen zu lassen. Auf unserem Bild singt der Pariser Filmschauspieler Georges Milton.



Auch in England gibt es eine faschistische Bewegung. Die sich vertiefende Wirtschaftskrise erschüttert den Bau aller kapitalistischen Staaten und die Bourgeoisie sieht sich nach Helfershelfern aus dem Lager des Kleinbürgertums (eben den Faschisten) um, die sie vor dem Untergang retten und die Heerknechte an der revolutionären Arbeiterschaft spielen sollen.

Die englische faschistische Partei — wir sehen auf diesem Bilde wie die englischen

Pg.'s ein jungvermähltes Parteigenossenpaar nach der Trauung begrüßen — ist von dem früheren Abgeordneten der englischen Arbeiterpartei, Sir Oswald Mosley, ins Leben gerufen worden. Zwar bemühen sie sich, dem italienischen Faschismus sein Räuspern und Spucken nicht abzugucken — sie tragen andere Uniformen, haben einen anderen Gruß — und doch ist der Geist derselbe. Für die englische Arbeiterschaft wächst hier eine große und drohende Gefahr heran.



## Wirtschaft der Woche

### Wo bleibt die Wirtschaftsankurbelung?

Das Konjunkturforschungsinstitut stellt in seinem vor kurzem veröffentlichten Bericht für das 3. Vierteljahr 1932 eine leichte Steigerung der industriellen Produktion fest. Wenn die von dem Institut errechnete Indexzahl der Produktion aber auch um einige Punkte gestiegen ist, so betrug sie, setzt man 1928 gleich 100, im September d. J. doch nur 53,7 und im Oktober 54,2.

Der Bericht bleibt in Bezug auf Prognosen über die weitere Entwicklung auch sehr vorsichtig. Bei Behandlung der Textilindustrie, die in den letzten Wochen die stärkste Belebung aufzuweisen hatte, wird betont, daß die Belebung sich nur auf die Produktion selbst erstreckt, daß sich aber noch nicht Auswirkungen beim Einzelhandel bzw. dem eigentlichen Verbraucher gezeigt haben. Der Bericht sagt: „Anregungen aus einer Verbrauchssteigerung der letzten Konsumenten sind zunächst nicht zu erwarten.“

Die, wenn auch geringe Steigerung in der unmittelbaren Produktion ist offensichtlich auf die den Unternehmern für Neueinstellungen gewährten Prämien und auf Hoffnungen, daß das Papen-„Ankurbelungsprogramm“ erfolgreich sein werde, zurückzuführen. In einer dieser Tage in Magdeburg gehaltenen Rede hat der Leiter des Konjunkturforschungsinstitutes, Wagemann, z. B. auch zugeben müssen, daß ein Abbau der überfüllten Läger noch keineswegs eingetreten sei. Auch die letzten Ausweise der Reichsbank legen dar, daß es mit der soviel gerühmten Ankurbelung nicht weit her ist. Der Geldumlauf und die reguläre Kreditbeanspruchung der Reichsbank, die sonst stets Hand in Hand mit einer Wirtschaftsbelebung ansteigen, sind noch immer weiter zurückgegangen. In Unternehmerkreisen wird ziemlich offen darüber gesprochen, daß das Papen-Programm auch keine Rettung bringe, und daß die ganze Lage weniger eine kreditpolitische als eine Frage des Warenabsatzes sei.

Aus diesem Grunde haben sich auch verschiedene Unternehmer-Organisationen sehr mißbilligend über eine neue Schrift des Leiters des Konjunkturforschungsinstitutes und des Statistischen Reichsamtes, Professor Wagemann, ausgesprochen (die Schrift: „Was ist Geld?“). Wagemanns Vorschläge laufen auf eine neue Inflation in Deutschland hinaus, die nicht nur für die Arbeiter eine ungeheure weitere Senkung der Lebenshaltung bedeuten würde, sondern die angesichts der immer höher werdenden Zoll- und Kontingentsbarrieren in allen Ländern auch für die Unternehmer die Absatzfrage nicht lösen und ihnen daher nicht zur Realisierung höherer Gewinne verhelfen könnte. Die Unternehmerorganisationen trachten dagegen nach immer weiterem Lohnabbau. Das wurde auf verschiedenen in der letzten Woche tagenden Konferenzen erneut zum Ausdruck gebracht. Die Löhne und die Tarife (soweit sie bestehen) sind den deutschen Unternehmern noch immer „zu stark“.

Die Arbeiterschaft bekommt es jeden Tag aufs neue bestätigt, daß nur ihr eigener Kampf gegen ihre Unterdrückung und gegen das kapitalistische System ihr einen Ausweg bringen können.

### „Staatskontrolle“!

Im Sommer dieses Jahres, als die Krise auch die kapitalistischen Großunternehmen immer stärker erfaßte, übte u. a. auch der damalige eigentliche Gewaltige des Stahltrastes, der Großindustrielle und Inhaber vieler Aufsichtsratsposten Flick viel von seinem Ruhme ein. Der große Stahltrast geriet in immer größere Schwierigkeiten, und Flick verkaufte damals, um eine Pleite abzuwenden, seine Aktien der mit dem Stahltrast verkoppelten Gelsenkirchener AG äußerst vorteilhaft an das Reich. Das Reich wurde zu weit mehr als 50 Prozent Teilhaber an der Vereinigten Stahlwerke AG. Es setzte den Mitinhaber des bekannten Bankhauses Hardy & Co., den Geheimrat v. Flotow, als seinen Kommissar ein, der ein Gutachten über die Lage des Stahltrastes ausarbeiten sollte.

Auf dieses Gutachten wartet die Öffentlichkeit nun schon seit Monaten. Schon seit Wochen soll das Gutachten fertiggestellt sein, aber Herr v. Flotow und die Thyssen, Vögler usw. beraten erst untereinander, ob es auch genügend die Interessen dieser Unternehmer wahrnimmt. Der „Vorwärts“ klagt in beweglichen Worten über diese Zustände. Die Arbeiter können daraus aber nur ersehen, wie die von der SPD angepriesene „Staatskontrolle“, d. h. Kontrolle durch den kapitalistischen Staat und seine Kommissare in der Praxis aussieht und immer aussehen wird. Ihr Weg muß ein anderer sein, nämlich der Kampf um die Kontrolle durch die Arbeiter selbst und für die Enteignung der Kapitalisten auf der ganzen Linie.

### Petroleumstreit England-Persien

Wir berichteten kürzlich, daß die British Oil Development trotz der „Ueberproduktion“ auch in der Erdölindustrie im Irak neue Gebiete auszubeuten beabsichtigt und daß auch deutsche Firmen hier beteiligt werden sollen. Es ist bereits eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Pfund Sterling gegründet worden, die Messul Oil Fields Ltd., in deren

Aufsichtsrat auch ein Vertreter der deutschen Firma sitzen wird.

Inzwischen ist es zu einem Konflikt zwischen einem anderen englischen Petroleum-Konzern, nämlich der Anglo-Persian Oil Co., an der die englische Regierung stark beteiligt ist, und der persischen Regierung gekommen. Letztere hat nämlich plötzlich den im Jahre 1901 auf 60 Jahre festgelegten Vertrag mit der Anglo-Persian Oil Co. gekündigt, wonach diese das alleinige Bohrungsrecht für große persische Gebiete hat und Persien dafür bestimmte Abgaben erhält. Diese Abgaben sind infolge sinkender Erdölpreise erheblich geringer geworden, und Persien erklärt sich daher zur Kündigung des Vertrages berechtigt, während England dieses Recht abstreitet.

Dieser Konflikt ist nicht ohne Zusammenhang mit der augenblicklich tagenden Petroleumkonferenz in Paris, die sich im Vordergrund zwar vor allem mit der Ueberschreitung der schon früher festgelegten Einschränkungsvereinbarungen durch Rumänien beschäftigt wird, auf der aber zugleich Rivalitätskämpfe auch der größten Weltkonzerne, der Shellgruppe und der Standard Oil Co. sowie auch der Russen vor sich gehen.

### Der Stand der Schuldenfrage

Die Frage, ob England, Frankreich usw. am 15. Dezember die an die Vereinigten Staaten zu zahlenden Kriegsschuldensummen

zahlen werden oder nicht, ist bis heute noch nicht geklärt. Amerika hat sich zwar sehr ablehnend geäußert und schroff erklärt, daß die in Frage kommenden Staaten entweder zahlen oder sich offiziell zahlungsunfähig erklären sollten. Zugleich aber wurde noch in Weg der Verhandlungen offen gelassen, indem die amerikanische Regierung zum Ausdruck brachte, daß weder England noch Frankreich in ihren Aufschubsgebeten eigentlich die konkreten Ursachen für diese Dezember-Aussetzungsgebeten angegeben hätten. Beide Länder haben daher neue Noten an die Regierung der Vereinigten Staaten geschickt und — nicht ohne gegenseitige Verständigung — zu verschiedenen Terminen abgesandt bzw. sollen die Noten erst noch abgesandt werden. Italien dagegen hat erklärt, daß es seine Summe zahlen wolle. Griechenland hat zum Ausdruck gebracht, daß es auch bei bestem Willen gar nicht in der Lage ist, zu zahlen und dann seine Zahlungsunfähigkeit offiziell erklären wird.

Inoffiziell wird von amerikanischer Seite immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß es Beratungen über Schuldenschiebung oder -ermäßigung mit anderen Fragen, vor allem der Abrüstungsfrage verknüpft wird. Frankreich will seine Ratifizierung oder Nicht-Ratifizierung des Lausanner Abkommens (über die Änderungen der deutschen Reparationen) von der Entscheidung Amerikas abhängig machen. Auch in England mehren sich die Stimmen, die darauf hinweisen, daß die eigene Kriegsschuldenfrage erneut mit der der deutschen Reparationen verknüpft werden müsse.

## Politik der Woche

### Geplatzte Koalition

Preußen, Bayern, Sachsen haben seit längerer oder kürzerer Zeit rein bürgerliche Regierungen — nun ist auch in Baden die SPD abgehängt worden. Nicht mehr im Reich und nicht mehr in irgendeinem größeren Einzelstaat sind die Sozialdemokraten an der Regierung beteiligt.

Der unmittelbare Anlaß zu dem Bruch zwischen Zentrum und SPD in Baden war, wie allgemein bekannt, die Frage des Konkordats. Aber man muß klar erkennen, daß es sich hier wirklich nur um den Anlaß handelt. Die Ursachen liegen tiefer. Wäre die allgemeine Situation anders, als sie tatsächlich ist — nie wäre es um dieses Objektes willen zur Trennung der Koalitionspartner gekommen.

Man mag die Kirchentrendlichkeit des Zentrums noch so hoch einschätzen — es bleibt, wenn man eben nicht die Hintergründe sieht, doch grotesk, daß vor einem solchen Winter, in einer solchen Krise aller gesellschaftlichen Grundlagen ein Kirchenvertrag zum Angelpunkt der Politik gemacht wird, zumal ja der stärkste Mann nicht behaupten kann, daß die Kirche zugrunde ginge oder auch nur Not lide wenn dieser Vertrag ein Jahr später perfekt geworden wäre. Wenn das Zentrum trotzdem die Dinge auf die Spitze getrieben hat, wenn es auch nicht die allergeringste Rücksicht nahm auf die offensichtlichen Schwierigkeiten in den Reihen des Koalitionspartners, wenn es im Gegenteil durch ein provozierendes Ultimatum die letzten Verständigungsmöglichkeiten bewußt zerschlug — dann muß diese Partei, deren kluge Taktiker sicher noch einen gangbaren Ausweg gefunden hätten, wenn es nur ihr Wille gewesen wäre, ihre sehr gewichtigen Gründe für diese Haltung gehabt haben.

Die Wahrheit ist, daß für das Zentrum die Zeit der Koalition mit der SPD abgeschlossen ist. Kirche und Kulturreaktion haben diesem Bündnis unendlich viel zu verdanken; alles haben sie von diesem weichherzigen Kameraden erreichen können, so stark und einflußreich wurden sie in dieser Zeit wie nie unter der Monarchie — das haben die führenden Zentrumspolitiker mehr als einmal in Kreise ihrer Anhänger triumphierend verkündet. Die SPD trug nach außen hin die Verantwortung, belastete sich vor den Massen — aber sie konnte für sich nichts herausholen. Man denke nur, um ein besonders deutliches Beispiel herauszugreifen, daß die preussische Sozialdemokratie zwar den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Volksbildungsminister stellte, aber in all den Jahren nicht einmal durchsetzte, daß die dissidentischen Lehrer entsprechend ihren verfassungsmäßigen Rechten angestellt wurden. So ging es in Preußen, in Hessen, in Baden — überall.

Nicht zuletzt dank dieser Politik bekam die SPD die Auszehring. Und nun ist sie trotz ihrer noch immer stattlichen Wählerzahlen so schwach, so politisch bedeutungslos geworden, daß sie für niemanden mehr reizvoll sein kann. Das Zentrum wendet sich neuen Bundesgenossen zu; ohne einen Moment zu zögern, ohne die geringsten Bedenken bereitet es das Bündnis vor mit dem Partner, der jetzt etwas zu bieten hat, den man jetzt im Schach halten, mit dem man sich verhalten muß: mit den Nationalsozialisten. Im Reich und in den Ländern, die SPD, treuer Gefolgsmann durch anderthalb Jahrzehnte, bekommt einen Fußtritt und einen verächtlichen Blick. Ab dafür.

Vielleicht, vielleicht hätte die SPD trotz allem klein beigeben, hätte noch einmal den zürnenden Prälaten demutsvoll die Hand ge-

küßt, nur um noch ein Weilchen, eine letzte Galgenfrist in den auch so geliebten „Machtpositionen“ zu bleiben. Aber da erschien ein flammendes Warnungssignal: die KPD, die bei der letzten Landtagswahl nur reichlich ein Viertel der SPD-Stimmen erhielt, hat am 6. November die SPD in Baden um 15.000 Stimmen überflügelt. Darum besinnt sich jetzt die SPD-Führung auf das einzige Prinzip, das ihr heilig ist: auf das der Selbsterhaltung! Weiter Koalition — das hätte Belastung nicht nur mit dem Konkordat, sondern auch mit den Steuergesetzen des volksparteilichen Finanzministers bedeutet. Und in neun Monaten ist der Landtag neu zu wählen!

So erklärt sich der Sieg derer in der SPD, die das Banner der Rebellion gegen die selbstmörderische Politik der Landtagsfraktion erhoben.

### Es brodelt in der SPD

So ist also für den Augenblick in der badischen SPD Ruhe und Ordnung wieder hergestellt, und auch in den übrigen Teilen der Partei scheint alles seinen gewöhnlichen Gang zu gehen. Aber unter der Oberfläche brodelt es weiter. Es ist ja klar, daß diese ungeheuren Enttäuschungen, diese Zerschlagung aller Hoffnungen, diese Erkenntnis, daß alle Opfer an Gesinnung und Prinzip umsonst waren, daß all dies die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre schwer treffen muß. Ja, sie sind in Bewegung geraten, die Diskussion ist im Gange — sie wird nicht mehr zum Schweigen gebracht werden können. Noch kann man bremsen, ablenken, auf Seitenwege führen, kostbare Zeit kann verloren gehen — aber es läßt sich nicht mehr übersehen, daß der Boden wankt, auf dem das äußerlich so stolze Gebäude der Wels, Breitscheid u. Co. errichtet ist.

Da kommen nun von allen Seiten die Rettungsmannschaften. Die Massen kritisieren, also muß man mit ihnen kritisieren, ihnen recht geben und zugleich ihre Kritik abbiegen, denken die einen. „Kampf um die Macht — zur neuen Politik der Sozialdemokratie“ nennt sich eine solche Kritik, eine kleine Broschüre von Gregor Bienstock. Sicher meint er es ehrlich — aber welche Verworfenheit, welche Sammlung von Widersprüchen! Dieser Weg des Hineinwachsens in den Sozialismus wäre in einer anderen, mehr organischen Epoche vielleicht gangbar gewesen... hätte vielleicht zum Ziel geführt, wenn die Sozialdemokratie... den richtigen Blick für tatsächliche Machtverhältnisse gehabt hätte.“ Also lag alles nur an taktischen Fehlern? Und für die Zukunft? „Eine Möglichkeit, auf demokratischem Wege die Macht im Staate zu erobern... unter den heutigen Umständen nicht vollkommen ausgeschlossen“. Immerhin werden außerparlamentarische Aktionen gefordert und Konsequenzen im Aufbau der Organisation und in der Führerauslese. Das genügt, um dem armen Bienstock von dem allmächtigen Heilmann eine Flut von Beschimpfungen einzutragen. An der sozialdemokratischen Führerauslese darf nicht ungestraft gerüttelt werden.

Immerhin — man muß den Massen entgegenkommen, und wenn es in der SPD nur Heilmänner gäbe, wär's jetzt um die SPD noch schlechter bestellt. Doch da sind zum Glück noch andere: Toni Sender zum Beispiel, seit langem in allen Lagen erprobt. Unsere Toni wird jetzt ganz energisch: „Rüstent Kampf mit allen Mitteln! In straffster Weise alle geistigen und materiellen Vorbereitungen treffen! Wille zur Macht!“ — Das wimmelt nur so von Kraftausdrücken. Die Massen werden radikal, also muß man ihnen radikale Parolen geben — es werden schon

wieder andere Zeiten kommen. So denken diese sozialdemokratischen Führer und klammern sich halb schon verzweifelt an die Hoffnung, die Massen auch diesmal wieder in der Hand zu behalten.

Ob es ihnen gelingen wird? Bestimmt nicht mehr so wie in den vergangenen Jahren. Die objektiven Grundlagen ihrer Hartlichkeit sind verschwunden, sind mit der tiefgehenden Erschütterung des kapitalistischen Systems unwiderruflich dahin — nun wird auch ihre psychologische Herrschaft über die Massen zu Ende gehen. Gewiß braucht das seine Zeit; es geht viel langsamer, als wir es im Interesse der Arbeiterklasse wünschen müssen, überall wirken noch jahrzehntelange Bindungen nach. Aber so wie es früher war, so ist es jetzt nicht mehr! Wir reden nicht mehr gegen eine taube Wand, wir finden offene Ohren, nickende Köpfe, zustimmende Worte — morgen und übermorgen werden wir tausende neuer Kampfgefährten finden, wenn wir geduldig und in eigener Zielklarheit weiter arbeiten. Und das werden wir tun, dafür bürgt uns die ungebrochene Kampfbereitschaft unserer unermüdeten Genossen und Genossinnen in Stadt und Land!

### Unser Erfolg in Geesthacht

Hamburg, 1. Dezember.

Ein sehr beachtliches Ergebnis hat die SAP-Ortsgruppe Geesthacht im Hamburger Landgebiet bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Wahl erzielt. Sie konnte ihre Stimmenzahl von 67 bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 auf 347 steigern. Dadurch hat sie zwei Sitze im Stadtparlament erobert. Alle übrigen Parteien haben Stimmenverluste aufzuweisen. Am stärksten wurden die Nazis von dem Vertrauensverlust betroffen. An zweiter Stelle der Leidtragenden stehen die Kommunisten mit einem Stimmenverlust von 232, während die SPD mit einer Hergabe von 207 Stimmen an dritter Stelle rangiert. Die SPD erhielt 4 Sitze (bisher 4), die KPD 6 Sitze (bisher 9). 12 Abgeordnete der Arbeiterparteien werden also künftig 7 Bürgerliche gegenüberstehen. Durch die Wahl von Vertretern der SAP in die Stadtvertretung ist bei Würdigung der sachlichen Voraussetzungen eine wesentliche Stärkung der Arbeiterfront eingetreten. Unsere Genossen werden trotz aller Widerstände nicht erlahmen, immer wieder auf die klassenmäßige Zusammenführung der auseinanderstrebenden Flügel zur einheitlichen Aktion zu drängen.

Der Wahlerfolg unserer Partei hat sehr starke Beachtung gefunden. Die bürgerlichen Zeitungen messen diesem Aufstieg der SAP eine erhebliche Bedeutung bei und sprechen von einem „ungeheuren Erfolg“, dem man in seinen Konsequenzen für die Zukunft besondere Aufmerksamkeit zu widmen hat. Sie erblicken darin ein Zeichen für eine politische Wendung im Klassenlager der Arbeiterschaft, dem mehr als kommunalpolitische Bedeutung zukommt.

Anders die Presse der KPD und der SPD. An unschuldigen Schimpereien ist die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ wohl kaum zu überbieten. Hatte sie schon vor der Wahl eine Stimmung gegen unseren Genossen Ziehl zu erzeugen versucht, die kaum durch die Pogromhetze rechtspolitischer Kreise überboten werden kann, so scheint sie jetzt keine bessere Aufgabe im Klassenkampf zu kennen, als diese Hetze in gesteigerter Weise fortzusetzen. Gegen die sachliche Arbeit Ziehls weiß sie nichts zu sagen. Sie zieht aber die Lehre: „die die Notwendigkeit eines systematischen und offensiven Kampfes gegen die linke Filiale des Sozialfaschismus, die SAP, unterstreicht“. Sie schreibt ferner: „Für unsere Partei ist das Ergebnis eine ernste Lehre, aus der vorhandenen Schwäche unserer Organisation und den völlig ungenügenden, prinzipiellen Kampf gegen die Betrugs- und Verwirrungsmanöver der SAP die Konsequenzen zu ziehen. Die Partei muß viel energischer als bisher die arbeitfeindliche Politik des Renegaten Z. entlarven und diesem Ueberläufer ins Lager des Klassenfeindes das Handwerk legen“. Jeder Kommentar hierzu erübrigt sich.

Sehr viel kleinerlauter ist das sozialdemokratische „Hamburger Echo“. Ein volles Jahr haben sich die Federn der dortigen Redakteure gesträubt, die SAP überhaupt zu nennen, nachdem sie im ersten polemischen Streit derart nach Hause gebracht waren, daß sie sich nicht wieder heraustrauten. Sie müssen aber nun anerkennen, daß der Genosse Ziehl als Leiter des Wohlfahrtsamtes in Geesthacht außerordentlich rührig war und daß er sich dadurch, im starken Gegensatz zu sozialdemokratischen Wohlfahrtsdezernenten, das Vertrauen vieler Geesthachter erworben hat. Ein Vertrauen für die „Seydewitz-Politik der SAP“ glauben sie darin nicht erblicken zu brauchen. Wir wollen darüber nicht streiten, die Zukunft wird schon das Weitere lehren! Nehmen wir aber wirklich nur den persönlichen Faktor an, so muß festgestellt werden, daß die SAP sich ihrer Kandidaten nicht zu schämen braucht. Ausgeschlossen wäre es, daß von ihr etwa „Dahrendorf-Charaktere“ herausgestellt würden. Was aber das Politische anbelangt, so sollte doch gerade die SPD in der Anschnidung der Vertrauensfrage recht zurückhaltend sein. Es ist in schließlich auch kein Beweis von dem Vertrauen der Massen zur SPD-Politik, wenn ihr die Massen in so dichten Kolonnen davonlaufen, wie die letzten Wahlen es gezeigt haben.



# Erregte Erwerbslosen-Debatte

## Demonstrationen vor dem Rathaus — Räumung der Stadtparlaments-Tribüne Polizei gegen Stadtverordnete

Der von den Vertretern der Arbeiterschaft seit Monaten geführte Kampf um die Erhöhung der Richtsätze und die Ausgabe der Kohlen- und Lebensmittelscheine für die Erwerbslosen hat in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung zu erregten Szenen geführt.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die in derselben Sitzung bereits willigst für die Beschaffung einer Kirchturnmühle in Breslau Zimpele stimmten, und die dazu erforderliche Beihilfe von 2000 RM. aus dem Hauptextraordinarium entnehmen, versuchten gegenüber dem Antrag auf Erhöhung der Richtsätze und auf Ausgabe von Kohlen- und Lebensmittelscheinen für die Erwerbslosen die alte Verschleppungstaktik anzuwenden.

Der deutschnationale Stadtverordnetenvorsteher Friedrich erklärte unter Berufung auf die Notverordnung, daß der Antrag ohne den erforderlichen Deckungsvorschlag eingebracht und damit von der Tagesordnung abzusetzen sei. Als Genosse Eckstein unter Hinweis auf die eben bewilligte Beihilfe für die Beschaffung der Kirchturnmühle, beantragte, die für die Ausgabe der Kohlen- und Lebensmittelscheine erforderlichen Mittel ebenfalls aus dem Hauptextraordinarium zu entnehmen, erwiderte der Stadtverordnetenvorsteher Friedrich, daß auch die im außerordentlichen Etat vorhandene Summe nicht zur Deckung ausreiche. Da erhob sich unser Genosse Pietsch und verlegte den Sabotageversuchen des Stadtverordnetenvorstehers erneut den Weg, indem er den Antrag stellte, die bisher ausgebliebene Erhebung von Berufsschulbeiträgen zu beschließen. Die Eintreibung dieser Beiträge würde allein einen Betrag von über 400 000 RM. flüssig machen, den die Stadt zur Deckung des obigen Antrags verwenden könnte. In die Enge getrieben, unterbrach der Stadtverordnetenvorsteher kurzerhand die Sitzung und verkündete nach einer Beratung einfach, daß sämtliche Anträge in Ermangelung eines geeigneten Deckungsvorschlags von der Tagesordnung abgesetzt und in den Ausschuß verwiesen seien. Den Stadtverordneten der SAP und KPD und der Tribüne bemächtigte sich ob dieser unerhörten Verschleppungsmanöver eine begriffliche Erregung, als Stadtverordneter Zylla von der KPD trotzdem versuchte, zu den Anträgen weitere einzubringen, griff der Stadtverordnetenvorsteher Friedrich aufs neue ein. Er untersagte dem Klassengenossen Zylla einfach jedes Reden und ließ, als dies keinen Erfolg hatte, die Tribüne räumen, angeblich, um der Öffentlichkeit das nun folgende „Schauspiel“ zu ersparen. In Wirklichkeit scheute er nur die Folgen der Empörung, die bei seiner nunmehrigen Handlungsweise eingesetzt hätte. Als nämlich die Tribüne geräumt war, ließ er den Klassengenossen Zylla durch zwei Polizeibeamte aus dem Sitzungsraum entfernen. Die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der die herrschende Klasse der Arbeiterschaft gegenüber tritt, konnte durch nichts besser demonstriert werden. Stadtverordnetenvorsteher Friedrich wollte den Breslauer Proleten, soweit sie sich auf der Tribüne befanden, diesen Anschauungsunterricht ersparen. Aber die Kunde von dieser unerhörten Knebelung der primitivsten Rechte der Arbeiterschaft wird trotzdem den von Betrieben und Stempelstellen weitergegeben werden und die Erkenntnis wachrufen, daß die Rechte der Arbeiterschaft nur noch im außerparlamentarischen Kampf zu halten und zu erobern sind. Beschämend war es und doch so bezeichnend, daß sich die Vertreter der SPD bei der Abstimmung über den Ausschluß des Klassengenossen Zylla

ihre Stimme enthielten und damit seine Entfernung ebenfalls möglich machten. Mochten sie auch über die Form des Zyllaschen Auftretens anderer Meinung sein, in diesem Falle galt es, das Klasseninteresse obenan zu stellen und die Geschlossenheit des Proletariats gegenüber dem Bürgertum zu wahren. Die Vertreter der SPD zogen es jedoch vor, den traurigen Spuren ihrer Genossen im Reich zu folgen. Den vor dem Rathaus zahlreich wartenden Erwerbslosen bewies indes der Staat aufs neue, daß er gegen den Hunger nur noch den Gammelnüppel zu schwingen imstande ist. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen auf dem Ringplatz vor.

Im weiteren Verlauf der Sitzung entfaltete die SPD eine merkwürdige Aktivität in der Frage des letzten Breslauer Autobusunglücks. Sie forderte vom Magistrat, daß alles getan werde, um die Geschädigten schadlos zu halten. Als jedoch der Antrag auf Erörterung dieser Frage gestellt wurde, stimmten nur die Vertreter der SAP und KPD dafür. Der SPD schien es mit ihrem Antrag nicht so ernst zu sein, als sie sich den Anschein gab. Angenommen wurde nur ein Antrag, den Klein-

gärtnern den für die Beihilfen zur Verfügung stehenden Betrag unter entsprechender Einsparung der vorhandenen Darlehensmittel zu erhöhen, ein Antrag, zu dem unser Genosse Stope unter nachdrücklichem Hinweis auf die große Not vieler Kleingärtner das Wort ergriff. E. K.

## Nazi-Studenten-Krawalle und kein Ende

### Sämtliche Vorlesungen an der Breslauer Universität abgebrochen

An der Breslauer Universität kam es Donnerstag vormittag wieder zu neuen Nazi-Krawallen, als Professor Cohn um 11 Uhr seine Vorlesungen beginnen wollte. Die in den Hörgängen anwesenden Studenten stimmten wieder in Johlen und Pfeifen ein, so daß der Rektor sich veranlaßt sah, ein größeres Polizeiaufgebot anzufordern, das die Gänge räumte, mehreren Studierenden ihre Ausweise abnahm und auch den Platz vor der Universität sperrte. Auf Veranlassung des Rektors wurden gegen mittag sämtliche Vorlesungen der Universität abgebrochen.

# Helft den politischen proletarischen Gefangenen und ihren Familien!

## Übt proletarische Solidarität!

Aus allen Teilen Deutschlands kommen neue Meldungen über verstärkte Terrorakte der Faschisten. Die bandenmäßigen Ueberfälle der Faschisten auf Arbeiterorganisationen und einzelne Arbeiter nehmen wieder zu. Jeder Tag bringt somit wieder neue Opfer der Arbeiter.

Nicht nur der Terror der Faschisten, sondern die Klassenjustiz, die treue Verbündete des Faschismus, wütet grausam und brutal unter den antifaschistisch gesinnten Teilen der Arbeiter und unter den freibeitlich gesinnten Teilen des Bürgertums. Die Guillotine der Sondergerichte verrichtet eifrig ihre Arbeit im Dienste des Ausbeutertums zur Niederhaltung der Arbeiter.

Fast 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt und in die Kerker geworfen worden.

## Das Chemnitzer Schwurgericht

### hat das erste Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl gefällt.

Hundert Väter und Söhne aus Arbeiterfamilien wurden von Faschisten hingerichtet. Tausende Arbeiter wurden schwer verletzt. Der faschistische Terror und die Justiz des bürgerlichen Klassenstaates bedrohen alle Arbeiter ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit und der politischen Gesinnung, sobald sich diese gegen die Maßnahmen der Diktaturregierung und den faschistischen Terror auflehnen.

Unsaubere Not und grenzenloses Elend wurde durch SA-Terror und durch die Klassenjustiz in tausende Arbeiterfamilien gebracht.

Niemand wird den Opfern des proletarischen Klassenkampfes beistehen, wenn es nicht die Angehörigen der Arbeiterklasse selber tun.

Das Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl wird vollstreckt werden, wenn nicht die ganze Arbeiterklasse durch eine breite Massenprotestbewegung die Vollstreckung des Urteils verhindert. Die abgeurteilten Arbeiter werden die ihnen zudiktieren Strafen bis zur letzten Minute abtun müssen, wenn sie nicht durch den Protest der Arbeiter vorher befreit werden. Hier wird kein Gnadenbittbrief die entsetzliche Lage dieser Arbeiter ändern wie das bei abgeurteilten Nationalsozialisten geschehen ist.

### Und wer hilft den Familien der gefangenen und erschlagenen Arbeiter? Wer kümmert sich um die Gefangenen selbst?

Niemand wird ihnen helfen, wenn nicht die übrige Arbeiterschaft mit ihnen Solidarität übt.

Jeder Angehörige der Arbeiterklasse und auch jeder fortgeschrittene Angehörige des Mittelstandes wird begreifen, daß gegenüber diesen Opfern schnelle und dringende Hilfe tut.

## Die Internationale Hilfsvereinigung IHV

hat es übernommen, soweit nur ihre Kräfte ausreichen, den Opfern des Kampfes und ihren Angehörigen gerade während der Wintermonate besonders solidarisch beizustehen. Aus diesem Grunde veranstaltet die IHV eine Winterhilfskampagne zur Unterstützung der Opfer der Klassenjustiz und des faschistischen Terrors. Die solidarische Arbeit der IHV wird aber nur dann einen durchschlagenden Erfolg haben, wenn sie in den breitesten Kreisen der Arbeiter und des Mittelstandes die notwendige Unterstützung erfährt.

In allen Arbeiterorganisationen muß zur Unterstützung des Kampfes gegen die Klassenjustiz, gegen den Naziterror und für die solidarische Hilfe gegenüber den Opfern des proletarischen Kampfes Stellung genommen werden. Darüber hinaus muß jeder Arbeiter bestrebt sein, materielle Spenden, Geld, Kleidungsstücke usw. für die IHV zu beschaffen.

An alle Arbeiter ergeht deshalb der Ruf, alles für die Winterhilfsaktion der IHV einzusetzen, damit durch das praktische Ergebnis dieser Aktion ein weithin leuchtendes Beispiel proletarischer Solidarität geschaffen wird.

### Vergeßt eure gefangenen Brüder und ihre Familien nicht! Verhindert durch euren Massenprotest die Vollstreckung des Todesurteils an dem Arbeiter Bartl!

### Organisiert den Kampf zur Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen!

### Unterstützt die Winterhilfskampagne der IHV!

### Übt proletarische Solidarität!

### Internationale Hilfsvereinigung, Bezirksverband Schlesien.

### Folgende Organisationen und führende Persönlichkeiten unterstützen unsere Winterhilfe:

1. Allgem. Verband d. deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Breslau, gez. E. Schirmer.
2. „Soz. Schutzverband, Kreisverb.“ Ost, gez. M. Rosenberg.
3. Soz. Studentenverband, gez. Steinfeld.
4. Kommunistische Partei Opposition, gez. R. Monden.
5. Kommunistische Jugend Opposition, gez. Walter U.
6. Redaktion der Soz. Arb.-Zeitung, gez. R. Pfaff.
7. Arbeitsgemeinschaft der Arb.-Kinderfreunde, gez. E. Kirschke.
8. Monistische Jugend Breslau, Ortsgr. des Volksbundes für
9. Deutsche Friedensgesellschaft Breslau, gez. K. Mitschke.
10. Antimilitaristische Jugend Breslau, gez. K. Mitschke.
11. Liga für Menschenrechte Ortsgruppe Breslau, gez. G. Schüttler.
12. Soz. Jugendverband Ortsgruppe Breslau, gez. G. Schüttler.
13. Fritz Pietsch, Rektor.
14. Dr. W. Fabian.
15. Willi Geburt, Konrektor.
16. Dr. E. Eckstein, Rechtsanwalt.
17. Dr. E. Goldberg, Nervenarzt.
18. Dr. K. Oppler, Assessor.

# Aus aller Welt

## Ein Fahrstuhl abgestürzt

Madrid, 1. Dezember

Ein mit 21 Personen besetzter Aufzug einer Untergrundbahn stürzte in den Fahrstuhlschacht hinab. Sämtliche Reisende wurden verletzt.

Das Unglück hat unter der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. Der Fahrstuhl faßt nur sechzehn Personen, war aber zur Zeit des Unglücks mit 21 Personen besetzt. Fünfzehn Leute wurden ernstlich verletzt, davon vier schwer. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt, doch ist erwiesen, daß die Hilfsbremsen nicht funktionierten.

## Lunatscharski operiert

Der frühere russische Volkskommissar für Kunst und Wissenschaft, Antoli Lunatscharski, mußte sich, wie die „BZ am Mittag“ meldet, in Berlin einer schweren Augenoperation unterziehen, die von Geheimrat Krückmann, dem Direktor der Universitäts-Augenklinik, ausgeführt wurde. Lunatscharski litt an einer chronischen Regenbogenhautentzündung, die sich so verschlimmerte, daß ein Auge entfernt werden mußte. Der Patient hat die Operation gut überstanden.

## Hans Much gestorben

Der bekannte, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus berühmte Tuberkulose-Forscher Professor Dr. Hans Much, ist im 53. Lebensjahr gestorben. In seinen ausgedehnten medizinischen und naturwissenschaftlichen Arbeiten hat er neue Wege gewiesen. Seine Verdienste um die Erforschung der Tuberkulose und ihre Behandlung sind groß. In Professor Much verliert das Bürgertum einen seiner größten Aerzte.

Professor Much hat sich über den Rahmen seines Spezialgebietes hinaus mit philosophischen Arbeiten beschäftigt. Doch ist es ihm auf diesem Gebiete nicht gelungen, den Bankkreis der bürgerlichen Philosophie zu überschreiten und bis zu einem wirklichen Materialismus vorzudringen.

## Kumpelkud

Waldenburg, 1. Dezember.

Auf der Glückhills-Friedenshoffnung-Grube wurde der Häuer Paul Felsmann aus Rothenbach am Stöpselschacht vom Förderkorb erfaßt und auf der Stelle getötet. Felsmann war 44 Jahre alt, verheiratet und Vater von fünf Kindern.

## Diphtherie immer noch im Wachsen

Nimptsch, 1. Dezember.

Infolge der immer weiter um sich greifenden Diphtherie mußte nunmehr auch der hiesige katholische Kindergarten bis auf weiteres geschlossen werden, da die tödliche Krankheit auch im hiesigen St. Hedwigsstift Eingang gefunden hat.



Der Zigeunerbaron

Für ein privates Operntheater, das nicht wie die städtischen und staatlichen Opernhäuser Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erhält, ist es ein Wagnis, den „Zigeunerbaron“ aufzuführen, denn diese Operette ist eigentlich schon eine Oper, die außerordentlich hohe Ansprüche an die stimmlichen Qualitäten der Sänger und Sängerinnen stellt. Die Aufführung in unserem Schauspielhaus ist, wenn man die gegebenen Verhältnisse berücksichtigt, als gut gelungen zu bezeichnen. Die höchste Anerkennung gebührt der musikalischen Leitung von Wilhelm Bachenhaimer, der das Orchester und die wichtigsten Chöre lebendig und musikalisch sauber leitete. Von den vielen, fast durchweg guten Einzelleistungen sind die gestierende Grete Ackermann und die einheimische Dagny Christiansen als gute Sängerinnen hervorzuheben, während Otto Kraatz als Schweinezüchter Zsupán darstellerisch besonders gefiel. Der Regisseur Theo Bachenhaimer, der seine schwierige Aufgabe im ganzen sehr anerkennenswert löste, sollte bei den kommenden Aufführungen etwas auflockern, um seinen Massenszenen etwas mehr individuelles Leben zu geben. Das Publikum, das den großen Theaterraum bis auf den letzten Platz füllte, war von der Aufführung und von den hinreißenden Melodien des Johann Strauß so begeistert, daß mehrfache Wiederholungen erzwungen wurden. W.



## SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68

Achtung! Stadttell Zimpel-Bischhofswalde. Montag, den 5. Dezember 1932, pünktlich 19.30 Uhr (abreshauptversammlung). Es ist Pflicht jedes Mitgliedes zu erscheinen!

Kampfbereit! Stadttelleitung. PKG, Sonnabend, 18.15 Uhr, Arbeitsausschußsitzung in der Monistischen Gemeinde.

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstags von 18—20 Uhr

SIV-Genossen! Die Karten für den Sternberg-Kursus sind Sonnabend vor der Veranstaltung bei der Gen. Winkler abzurechnen.

## Bürostunden

### Im Parteisekretariat

Der erweiterte Parteivorstand hat beschlossen, daß in Zukunft das Parteibüro nur geöffnet ist in der Zeit von 15—19 Uhr und am Sonnabend von 12—14 Uhr.

Alle Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich in Zukunft streng an die vorgenannte Zeit zu richten.

## Parteischnitzschule der SAP

### Breslau

Sonnabend, den 3. Dezember, 19 Uhr, und Sonntag, den 4. Dezember, vormittag 10 Uhr im großen Saal der Monistischen Gemeinde, Grünstraße: Wochenendkursus mit Gen. Dr. Fritz Sternberg, Berlin.

## Thema: der Niedergang des deutschen Kapitalismus

Erwerbslose: Vorverkauf beide Kurse 15 Pfg., an der Kasse je Veranstaltung 10 Pfg., Verdienere: Vorverkauf beide Kurse 25 Pfg., an der Kasse je Veranstaltung 20 Pfg.

Die Veranstaltungen mit Dr. Fritz Sternberg sind bekanntlich immer schnell ausverkauft, deshalb ersuchen wir sofort um Abholung der Karten.

Aus den Parteiorganisationen

Eine außerordentlich stark besuchte Funkparkkonferenz der SAP UB Dresden hat eine längere Entschliebung angenommen...

Nach wie vor ist die revolutionäre Kraftentfaltung der Arbeiterklasse im Herbst...

Es folgt dann eine scharfe Kritik an den letzten Beschlüssen der Mehrheit des Parteivorstandes...

Die Unterbezirkskonferenz fordert die schärfste Einberührung eines außerordentlichen Parteitag...

Die Zehnerkommission (UB-Vorstand) des UB Lausitz der SAP hat folgende Entschliebung angenommen:

Die Z. K. bedauert die innerparteilichen Kämpfe und stellt fest, daß es keinerlei grundsätzliche und politische Differenzen gibt...

Das beste Mittel zur Herstellung der Konzentration ist eine offene Aussprache...

SIV-Abzeichen

Die BL Südwestsachsens hat SIV-Arbeitsabzeichen herstellen lassen...

Genossen Seydewitz und Waldner auf, die stilligen Fragen vor der UB-Konferenz zu diskutieren...

Die Z. K. begrüßt den Entschluß des Parteivorstandes, einen Parteitag zum Zweck der Klärung einzuberufen...

Eine Unterbezirkskonferenz der SAP Erzgebirge befaßte sich mit der innerparteilichen Lage...

Eine erweiterte UB-Vorstandssitzung des SIV Erzgebirge war von der Erkenntnis durchdrungen...

Mut und Ausdauer zum Siege führen. Die politische Linie des SIV und der SAP müsse noch mehr als bisher...

Eine Apathiebezirksversammlung der Ortsgruppen Canevalde, Oberlausitzwald und Weitzdorf-Koblenz (Lausitz) nahm zu politischen Lage Stellung...

Auf der Konferenz des UB Zwickau-Crimmitschau der SAP sprach Genosse Ludwig Hacke vor zirka 150 Delegierten...

Aus dem Annaberger Bezirksausschuß

Die Tagesordnung für die erste Sitzung nach den Gemeindevahlen weist das gewohnte Bild auf: Kennisnahmen...

Dann kommt als zweifellos wichtigster Beratungspunkt der ganzen Sitzung ein Antrag unseres Genossen Bürgermeister Möckel-Gelenau...

Der Amtshauptmann hält dem entgegen, die Verordnung vom 19. Oktober sollte eine Entlastung der Gemeinden bringen...

Die Bürgerlichen wenden sich ebenfalls unter allerlei Ausflüchten gegen den Antrag. Genosse Möckel entgegnet...

Die Bürgerlichen wenden sich ebenfalls unter allerlei Ausflüchten gegen den Antrag. Genosse Möckel entgegnet...

von einer „Bedeutungslosigkeit“ der Partei aufs allerstärkste bekämpft werden muß.

Zum zweiten Punkt, der sich auf die Meinungsverschiedenheiten in der Partei zu verschiedenen Beschlüssen des PV bezieht...

gemeinsam mit dem Arbeitsamt Thalheim usw. vorstößen möchte, damit die durch die völlig ungerechte Ortsklasseneinteilung...

A propos — sozialdemokratische Bürgermeister — was haben die denn nun eigentlich zu dem Antrag Möckels gesagt?

Wir sind auf die Arbeit im neuen Bezirksausschuß gespannt, der erstmalig Kommunisten und Nazis aufweisen wird...

Wilkau

Von ausgezeichnetem politischer Klarheit war das Referat, das Genosse Ludwig Hacke in unserer Mitgliederversammlung hielt...

serer Partei anerkennen, in jeder Beziehung nachhaltig zu unterstützen sind...

Von A bis Z demagogisch und unwahrhaftig ist die Nobiz, die letztes im Volksblatt über unsere Partei verbreitet wurde...

Niederhauflau

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der SAP sprach Genosse Seydewitz über die politische Situation und die Aufgaben der SAP...

Dem Genossen Seydewitz wurde für seine Ausführungen reicher Beifall zuteil. Die Aussprache unterstrich lebhaft die Ausführungen des Genossen Seydewitz...

Dresden

Eine Ausstellung „Das proletarische Buch“ findet vom 2. bis einschließlich 18. Dezember in den Räumen des Sekretariats der SAP...



Versammlungskalender

- SAP Lausitz, Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 Uhr im „Volkspark“ in Löbau: Unterbezirksparteitag...
SAP Zittau, Mittwoch, den 7. Dezember, um 20 Uhr im „Schwarzen Adler“ Mitgliederversammlung...
SAP Löbau, Donnerstag, den 8. Dezember, um 20 Uhr im „Volkspark“ Mitgliederversammlung...
SAP Lawalde, Montag, den 5. Dezember, um 20 Uhr im „Goldenen Anker“ Mitgliederversammlung...

Dresden Schuh-Oestreich das billige Schuhhaus Dresdens Verkaufsstellen: Iahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof...

Radebeul Alle Schuhreparaturen bei Erich Gebauer RADEBEUL - Sornewitzer Str. 72 - Nitzsch 44

Pirna Bäckerel und Konditorei Karl Gollmar Steinplatz 14

Heidenau Heidenauer Hof, Inh. Ernst Tumbert Spezial-Annenbrot - Bayr. Bier - Zeislinge Kwasenbrötchen...

Plantitz Hausmann gesucht! Für das Rathaus wird ein Hausmann gesucht. Handwerker bevorzugt.

Zwickau Kleiderstoffe Seidenstoffe Herrenstoffe Paul Gerstner Zwickau, Bahnhofstraße 6

M. Kelling Chem. Reinigung Kleiderfärberei

Möbel handwerksmäßig gegebene Arbeit, Lange Straße 15, Matthes.

Beachtet unsere Inserate